Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,35 Mk. alle 4 Wochen.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

# Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 161 | Mittwoch, den 12. Juni 1929 | Jahrgang 1929

## Die frische Brise.

Aus den Kreisen der englischen Arbeiterpartei ist in den letzten Tagen wiederholt mit stolzer Genugtuung hervorgehoben worden, daß die jugendlichen Elemente in der englischen Wählerschaft, also gerade die Wähler, die erst für die Wahlen im Mai in den Genuß des aktiven Wahlrechts gesetzt worden waren, sich besonders eifrig zur Arbeiterpartei bekannt hätten. Ihnen sei die konservative Politik als sehr stagnierend erschienen, und sie hätten in den Erklärungen der Arbeiterführer den Geist des Fortschritts erkannt, dem sie huldigten. Der neue Ministerpräsident, Mac Donald, scheint diese Zuversicht der jungen Elemente in seiner Partei mit flottem Willen bestätigen zu wollen. Das englische Unterhaus wird sich erst Ende ds. Mts. konstituieren und das Regierungsprogramm des neuen Kabinetts dürfte nicht vor Anfang Juli kundgetan werden. Aber Mac Donald hat sich nicht gescheut, schon vor diesem offiziellen Akt Erklärungen abzugeben und Schritte einzuleiten, die seinen politischen Absichten ein sehr deutliches Gepräge geben. Was man aber auch immer von ihm hört, trägt den Charakter einer erfrischenden Energie und eines persönlichen Mutes, der den Blick frei in die Zukunft richtet. Viel vermerkt worden ist das Interview, das er dem Londoner Korrespondenten des Pariser „Petit Parisien" gewährt hat, in dem er von der Organisation eines neuen Europa sprach, für die er sich mit allen seinen Kräften einsetzen werde und für die der Kellogg-Pakt mit seinen logischen Konsequenzen die Unterlage abgeben solle. Das Interview, in dem er eine einseitige Bündnispolitik und eine Politik des Mißtrauens gegen diesen oder jenen Staat ablehnte und in dem er ausdrücklich betonte, daß die kommende europäische Politik nicht länger mehr von den beklemmenden Gedanken an die Vergangenheit belastet bleiben dürfe. Die Art und Weise seiner Formulierungen in diesem Interview war überraschend lebendig, sie strotzte geradezu von dem Willen zur Aktivität.

Es fand sich darin auch eine kurze Apostrophierung des neuen amerikanischen Präsidenten Hoover, auf den Mac Donald ein großes Vertrauen zu setzen scheint. Nun erfahren wir aus der konservativen Londoner Wochenzeitung „The Observer", daß Mac Donald die Absicht habe, in kürzester Frist eine Reise nach Amerika anzutreten, um sich mit Hoover zu besprechen. Die Aussprache soll sich der Frage der maritimen Abrüstung, aber auch allen anderen Fragen der Pazifizierung der Welt zuwenden. An der Konferenz soll auch der zur politischen Linken zählende kanadische Ministerpräsident Mackenzie teilnehmen, und zwar gleichsam als Sachverständiger für die Regelung von Friedensfragen zwischen zwei benachbarten Völkern. Zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Kanada gibt es bekanntlich eine freie, unbewehrte Grenzzone, die sich als Friedensinstrument sehr fruchtbar gezeigt hat. Der „Observer" weist ausdrücklich auf diesen Umstand hin, um die Teilnahme Mackenzie's an dieser Konferenz zu begründen. Noch sind Tag und Stunde der Abreise Mac Donalds nicht festgesetzt, noch ist diese Nachricht selbst von der Reise unbestätigt, aber es wird daran erinnert, daß bereits im konservativen Kabinett Baldwin die Absicht bestanden habe, den Außenminister Lord Chamberlain nach Amerika zu schicken, falls die Wahlen zu einem Siege der konservativen Partei führen würden. Und daraus wird geschlossen, daß die Mitteilung über die Reiseabsichten Mac Donalds nach Amerika nicht gut in Zweifel gezogen werden könnten. Mac Donald wird sicher in Amerika auf das herzlichste begrüßt werden. Als die Konservativen regierten, ist es wiederholt zwischen London und Washington zu Verärgerungen gekommen, weil man in Washington in der Besorgnis lebte, daß das enge Einvernehmen zwischen dem Foreign Office und dem Quai d'Orsay größtenteils zu Lasten der amerikanischen Interessen gehe. Ein starkes Motiv für diese Verärgerung war die verschwiegene, heimliche Art, mit der die englischen und französischen Diplomaten ihre Politik organisierten. Wenn Mac Donald das freundschaftliche Verhältnis zu den Vereinigten Staaten neu zu begründen sucht, so geschieht das allerdings in einer sehr offenen und offenherzigen Weise. Die Franzosen brauchen garnicht die Ohren zu spitzen, um zu merken, was vorgeht. In seinem Interview für den „Petit Parisien" hat Mac Donald die Geheimdiplomatie einmal wieder als gänzlich veraltet abgetan. Mit dieser Offenheit wird aber zugleich eine Garantie dafür gegeben, daß sich die Zusammenkunft mit Hoover nicht etwa gegen Frankreich richtet. Mac Donald wird ohne Frankreich keine europäische Politik machen wollen und machen können. Auch dieses hat er in seinem Interview ausdrücklich betont.

Es besteht kein Grund, dem aktiven Friedenswillen Mac Donalds zu mißtrauen, besonders weil er sich bewußt ist, daß zu einer solchen Politik Mut gehört. Aus seinem Munde stammt das Wort, daß es eine Aufgabe der modernen Diplomatie sei, „das Risiko des Friedens auf sich zu nehmen." In seiner Orientierung nach Amerika hin wird übrigens Mac Donald von seinem Außenminister Henderson nachdrücklichst unterstützt. Dieser hat sich neuerdings auch über die englischen Beziehungen zum Völkerbund im „Daily Herald" ausgesprochen und dabei Ausdrücke gefunden, die von der bekannten Einstellung Lord Chamberlains, für den der Völkerbundsrat viel zu oft tagte, erheblich abweichen. Er sagte u. a.: „Wir müssen nicht nur Mitglieder des Völkerbundes sein, sondern auch ein Teil von ihm. Unsere Politik wird im Geiste des Völkerbundes geführt werden." Unzweifelhaft weht zur Zeit aus London eine erfrischende Brise über die europäische Verständigungspolitik, die in den letzten zwei Jahren langsam zu verkalken drohte. Doch wäre es verfehlt, von London irgendwelche Sensationen impulsiven, sprunghaften Charakters zu erwarten. Mac Donald und Henderson sind trotz ihres optimistischen Mutes durchaus Briten, die keinen politischen Schritt tun werden, ohne ihn genau überlegt zu haben. Aber das Bekenntnis zum „Risiko des Friedens" zeugt von einer Einstellung, die uns mit Hoffnung erfüllen darf.

★

## Der Besuch MacDonalds in Amerika.

:: **London**, 11. Juni. Die diplomatischen Kreise halten den Besuch Mac Donalds in den Vereinigten Staaten für sicher. Es sei, wie Reuter meldet, kein Geheimnis mehr, daß Baldwin die Einladung, sich nach Amerika zu begeben, angenommen habe.

# Der „förmliche Vertrag" Preußens mit dem Vatikan.

## Die Neuerungen gegenüber dem bisherigen Zustande.

Von unserer Berliner Redaktion.

!! **Berlin**, 11. Juni. (Drahtb.)

Während sich alle eingeweihten Kreise zu einem unverbrüchlichen Stillschweigen über den Inhalt des zwischen Preußen und der Kurie abzuschließenden Konkordats bis zu dem Zeitpunkt verpflichtet haben, da die Vorlage dem Landtag zugeht, ist das „Berliner Tageblatt" offensichtlich durch eine Indiskretion in der Lage, „aus zuverlässiger Quelle" die Oeffentlichkeit über den Text des Konkordatsentwurfes zu unterrichten. Wie das Blatt, frühere Meldungen bestätigend, mitteilt, werden durch die Vereinbarung zwischen Preußen und dem Vatikan, die bekanntlich nicht Konkordat, sondern „Förmlicher Vertrag" genannt wird, zwei neue Bistümer, nämlich Aachen und Berlin, errichtet. Außerdem sollen zwei neue Erzbistümer, nämlich Paderborn als Ausgleich von Stärkeverhältnissen im Katholizismus Westfalens und Rheinlands sowie Breslau wegen seiner überragenden Bedeutung für den Osten geschaffen werden. Wörtlich heißt es dann im „Berliner Tageblatt":

„Bei der Bischofswahl ist ein Wahlrecht des Domkapitels gewährt, nur wählt es künftig nach einer aus einer Liste des gesamten preußischen Episkopats und des zuständigen Domkapitels zusammengesetzten dritten in der Zahl beschränkten Liste. Der Staat behält sein Einspruchsrecht gegen die Wahl des Domkapitels. Die Verhandlung wird zwischen Staat und Kapitel, nicht mit der Kurie geführt. Das weitere wichtige preußische bezw. deutsche Sonderrecht, daß das Domkapitel nicht allein durch die kirchlichen Obern (Papst, Bischof) ergänzt wird, ist ebenfalls in einem gewissen Sinn gewährt. Der heutige Zustand, daß die Staatsregierung und zufällig Protestanten als Ressortminister die Hälfte des Domkapitels stellten und die Dompropsteien besetzten, war zweifellos überholt. Es widerspräche eine solche Art Besetzung ebenso modernem Empfinden wie dem klaren Wortlaut der Reichsverfassung. Künftig tritt anstelle des Staates das Domkapitel, das sich halb und halb mit den Bischöfen in die Ergänzung auf freie Stellen teilt. Die Domkapitel werden durch die Neuregelung mehr Freiheit bekommen als sie bisher besaßen. Geregelt ist in den Vereinbarungen auch die Ausbildung der Theologen. Der bisherige Zustand, der den Bischöfen ein Mitwirkungsrecht bei der Besetzung der theologischen Fakultäten und ein Einspruchsrecht gegen die daran Amtierenden gewährt, wird aus den bloßen Fakultätssatzungen zum Vertragsrecht erhoben. Diese Regelung verfolgt aber keinen anderen Zweck, als die Stellung der Fakultäten kirchlich zu sichern, gegenüber andernorts und auch bei uns häufig beliebten Sonderausbildungen an bischöflichen Seminaren. Der Kurie ist dafür das weitere Zugeständnis gemacht, daß auch die Ausbildug an der päpstlichen Hochschule in Rom anerkannt wird. Auch sie wurde bisher in allen Fälle nachträglich immer anerkannt. Die vertragliche Festlegung ändert diese Tatsache nicht. Die Geldfrage beschränkt sich auf die Erhöhung der Dotation von 1,4 Millionen auf 2,8 Millionen, eine Summe, die ungefähr der heute schon gezahlten entspricht. Wichtig ist, daß für die Ablösung nach Artikel 138 der Reichsverfassung der bisherige Rechtszustand gilt, also eine Geldausstattung nicht in Ländereien, ein gewaltiger Unterschied gegen das bayerische Konkordat."

Am Schluß der Inhaltsangabe stellt das „Berliner Tageblatt" fest, daß irgend eine andere Frage in den Vereinbarungen nicht aufgeworfen wird. Im Konkordat steht kein Wort über die Schule, über die Orden oder über Professoren an den weltlichen Fakultäten. Die Befürchtungen, die in dieser Richtung trotz aller Dementis immer wieder laut geworden sind, werden sich bei der bevorstehenden Veröffentlichung der Vereinbarungen als gegenstandslos erweisen.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, soll am Freitag der Konkordatsentwurf vom Nuntius Pacelli und vom preußischen Ministerpräsidenten Braun paraphiert werden.

★

Mit den Mitteilungen des „Berliner Tageblatts" decken sich in manchen Punkten in einer Kritik des Vertragsentwurfs enthaltene Angaben der „Kölnischen Zeitung". Das liberale Blatt glaubt zwar „bedenkliche Zugeständnisse" des Staates feststellen zu müssen, meint aber doch, im ganzen dürfe nicht verkannt werden, daß der Staat in seinen Verhandlungen mit der römischen Kurie „beachtenswerte Erfolge" erzielt habe. Als solche werden angeführt das völlige Ausscheiden der Schulfrage und der Pfarrbesoldung, die zurzeit bei der evangelischen Kirche 50,3 und bei der katholischen Kirche 20,1 Millionen Mark beträgt, ferner der Wegfall der Realdotationen und der Vorbehalt ihrer Ablösung, sowie die „Sicherung gegen eine willkürliche Vermehrung der Bistümer". Was das Blatt als bedenkliche Zugeständnisse empfindet, ist, da es anscheinend über die Besetzung der Kirchenämter nicht richtig informiert ist, die Zulassung der Vorbildung der Geistlichen in Rom und die kirchliche Sicherung der katholisch-theologischen Fakultäten. Danach würde also der „Förmliche Vertrag" vor der Kritik des Kulturliberalismus im wesentlichen bestehen können. Richtiger würde die „Kölnische Zeitung" freilich gehandelt haben, wenn sie vor ihrer kritischen Stellungnahme die Veröffentlichung des Wortlauts des Vertragsentwurfes abgewartet hätte.

★

## Die Deutschnationalen an Ministerpräsident Braun.

**Zustimmung zum Konkordat nur, wenn gleichzeitig ein gleichwertiger Vertrag mit der evangelischen Kirche geschlossen wird. — Was sagt der deutschnationale Katholikenausschuß zu dieser Stellungnahme?**

— **Berlin**, 11. Juni.

Die Deutschnationale Pressestelle teilt mit:

Die deutschnationale Fraktion des Preußischen Landtags hat folgendes Schreiben an den Ministerpräsidenten gerichtet:

„Die deutschnationale Fraktion des Preußischen Landtages ist bereit, an einem Vertrage des Staates mit der Kurie mitzuwirken. Sie kann zu dem jetzigen Vertragsentwurf erst Stellung nehmen, wenn er im Wortlaut vorliegt. Sie lehnt den Abschluß eines Vertrages mit der Kurie ab, solange nicht gleichwertige Verträge mit den evangelischen Kirchen vereinbart sind, die vom Landtag gleichzeitig und in unlöslicher Verbindung mit jenen angenommen werden können. Die Fraktion ersucht das Staatsministerium:

1. Entsprechend den am 7. Februar 1927 in der 184. Sitzung des Hauptausschusses und am 16. März 1927 in der 257. Sitzung des Preußischen Landtages vom Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gemachten Zusagen den jetzigen Vertragsentwurf zu veröffentlichen.

2. Diesen Vertrag noch nicht zu unterzeichnen und die Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen wieder aufzunehmen."

★

## Evangelische Kirche und Konkordat.

◇ **Berlin**, 11. Juni.

Zu der durch den Amtlichen Preußischen Pressedienst verbreiteten Erklärung des preußischen Ministerpräsidenten über die Parität in der Konkordatsfrage wird von amtlicher evangelisch-kirchlicher Stelle eine Erklärung verbreitet, die insbesondere zu der Behauptung des Ministerpräsidenten Stellung nimmt, daß den evangelischen Kirchen vor der katholischen ein „erhebliches Voraus" eingeräumt sei, und die diese Darstellung in wesentlichen Punkten ergänzt und berichtigt.

Gegenüber den Angaben des Amtlichen Preußischen Pressedienstes wird geltend gemacht, daß den evangelischen Kirchen gegen ihren lebhaften Widerspruch hinsichtlich ihrer innerkirchlichen Gesetzgebung und der Einzelheiten der Vermögensverwaltung Bindungen auferlegt seien, von denen die katholische Kirche freigeblieben sei. Umsomehr dürften die evangelischen Kirchen hierin mit Recht volle Parität verlangen. Weiter heißt es: „Soweit überhaupt von einem „Voraus" für die evangelischen Kirchen gesprochen werden kann, fällt aber entscheidend ins Gewicht, daß die Leistungen an die katholische Kirche aufs neue durch einen Vertrag festgelegt und ihr damit denkbar größte Sicherung gewährt werden soll, während die evangelischen Kirchen bisher nur auf ein „einstweiliges Gesetz" angewiesen sind, das jederzeit der Möglichkeit einseitiger staatlicher Aenderung unterliegt."

Zum Schluß wird die bereits aus der Konkordatskundgebung der acht preußischen Landeskirchen bekannte Erklärung wiederholt, daß die Zusicherung nach Verabschiedung des Konkordats, Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen einzuleiten, in keiner Weise geeignet sei, den evangelischen Volksteil von den ihn tief bedrückenden Sorgen zu entlasten, da es ungewiß bleibe, in welcher Weise der Abschluß der Verhandlungen gedacht sei.

Der Evangelische Bund veröffentlicht anläßlich der Konkordatsverhandlungen eine Kundgebung, in der es u. a. heißt, daß der Bund selbstverständlich der Forderung der evangelischen Kirchen auf gleichzeitige und gleichwertige vertragliche Sicherung ihrer Rechte zustimmt. Die Behandlung der evangelischen Wünsche bei dem Abbruch der Verhandlungen im Jahre 1927 habe der Bund als eine Kränkung empfinden müssen. Weiter führt die Erklärung Klage über die „Unsachlichkeit und Schroffheit der Regierungserklärungen der letzten Tage."

Der Evangelische Bund richtet dann an alle seine Mitglieder und, wie es weiter heißt, darüber hinaus an das gesamte evangelische Kirchenvolk Preußens die dringende

# Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung um ½ Prozent.

## Die Kompromißverhandlungen über das Sofort-Programm.

Von unserer Berliner Redaktion.

# **Berlin**, 11. Juni. (Drahtb.)

Die Regierungsparteien haben am Dienstag die angekündigte Besprechung über die Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung begonnen. Zur gleichen Stunde, wo das Organ der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche" schrieb, daß die Gegensätze zwischen den Parteien nach wie vor groß seien und kaum auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden könnten, war die Einigung unter den Vertretern der Koalitionsparteien bereits in weitgehendem Maße erzielt. Die Uebereinstimmung in der Auffassung geht bereits so weit, daß in wenigen Tagen mit dem Abschluß der Kompromißverhandlungen zu rechnen ist. Abgesehen von der Deutschen Volkspartei sind die anderen Regierungsparteien mit der Erhöhung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung einverstanden. Allerdings wollen sie von dem vom Reichsarbeitsminister Wissel gemachten Vorschlag, der die Beiträge um 1 Prozent erhöhen will, nichts wissen, sondern sie glauben, daß eine solche von höchstens ½ Prozent in Frage kommen darf. Vor allem erklären sich die Vertreter der Regierungsparteien, d. h. wiederum abgesehen von der Deutschen Volkspartei, für eine Erhöhung, weil die für den Herbst vorgesehene durchgreifende Reform der Arbeitslosenversicherung ohnehin eine Heraufsetzung der Beiträge erforderlich mache. Von volksparteilicher Seite aus wird die Zustimmung zu einer Beitragserhöhung ganz entschieden verweigert. Sie bewegt sich damit in der Bahn, die von der „Nationalliberalen Korrespondenz" dieser Tage bereits näher bezeichnet wurde. Allerdings will die Deutsche Volkspartei einem zustandekommenden Kompromiß keine Schwierigkeiten bereiten, sondern sie wird sich voraussichtlich im Reichstagsplenum beim Punkt Beitragserhöhung der Stimme enthalten.

Unter den jetzt vorzunehmenden Aenderungen der Arbeitslosenversicherung wird auch die schärfere Umschreibung des Begriffs Arbeitslosigkeit eine besondere Rolle spielen. So sollen u. a. die Leistungen der Versicherung gestaffelt werden und zwar derart, daß sich die Leistungen der Versicherungsanstalt nach der Dauer der voraufgegangenen Beschäftigung der Arbeitslosen richten. Wenn der Arbeitslose beispielsweise vor dem Eintritt der Arbeitslosigkeit ununterbrochen drei Jahre gearbeitet hat, würde er Anspruch auf eine höhere Unterstützung haben als ein Arbeitsloser, der die Leistungen der Versicherung bereits nach einem Jahre in Anspruch zu nehmen gezwungen ist. Ferner soll sich die Reform auf mehrere Gruppen der Versicherungsnehmer erstrecken. Sie will die landwirtschaftlichen Saisonarbeiter, die Schüler, die Lehrlinge usw. ganz aus der Versicherung herausnehmen. Schließlich soll auch noch der Begriff Arbeitgeber schärfer als bisher umgrenzt werden. Bei der heutigen Reform handelt es sich um das sogenannte Sofort-Programm. Die ganze Reform der Arbeitslosenversicherung wird im Herbst bei dem Wiederzusammentritt des Reichstages in Angriff genommen werden. Man ist in eingeweihten Kreisen der Auffassung, daß nach dem günstigen Verlauf der am Dienstag stattgefundenen Verhandlungen bereits am Donnerstag ein fertiges Kompromiß vorliegen wird.

...ls
...rakt
...r Fettgehalt beträgt mindestens ...% Kernseife
...akt
LUHNS
nur 30 Pfg
...sche und ...machen
...ch wie Regenwasser
...die Bedingungen der ...schreibens. Deshalb ... 1 Paket LUHNS ...hmen dann mit der ...-MARKE ebenfalls ...ch werden die Be... kostenlos übersandt. Postkarte an ...rmen-R., gegr. 1869
...en will,
...ter
...nerstag
...ison,
...EL
...SE
...er Ehe
...hen Urwald, ...eimnisvollen
...aden.
...Zeit bei
...emming
...kostet 75 Pfg.
...rück!
...ns, Nordstr. 22

Mitte, einmütig und tatkräftig einzutreten für Ehre und Recht der evangelischen Sache."

*

Im Namen der preußischen Staatsregierung hat dieser Tage Ministerpräsident Dr. Braun durch den Amtlichen Preußischen Pressedienst erklären lassen: „Eine der Reichsverfassung entsprechende Neuregelung des mit der katholischen Kirche seit über hundert Jahren bestehenden Vertragsverhältnisses läßt sich hiernach gerade vom Gesichtspunkte der Parität nicht länger hinausschieben. Soweit dieser Vertragsneuregelung für die katholische Kirche gegenüber der evangelischen Kirche eine den Grundsätzen der Parität nicht entsprechende Vorzugsstellung gegeben wurde, ist das preußische Staatsministerium bereit, die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Den gewiesenen Ausgangspunkt hierfür bilden die Bestimmungen des § 9 des erwähnten Gesetzes vom 15. Oktober 1924, durch die das Staatsministerium bereits ermächtigt ist, Vereinbarungen finanzieller und organisatorischer Art mit den evangelischen Kirchen abzuschließen. Verhandlungen darüber werden sofort nach Verabschiedung des Gesetzes über den Staatsvertrag mit der katholischen Kirche in die Wege geleitet werden."

Es liegt also eine die preußische Staatsregierung bindende öffentliche Erklärung vor, wonach auch der evangelischen Kirche in allernächster Zeit ihr volles Recht werden soll. Diese Erklärung sollte genügen. Für eine Verschleppung des Konkordatsabschlusses liegt danach kein ernsthafter Grund auf evangelischer Seite vor. Wenn man trotzdem die Verschleppung verlangt, so ist das nichts anderes als eine Unfreundlichkeit gegenüber dem katholischen Volksteil.

# Keine Aussichten für ein Reichsschulgesetz.

## Noch einmal die Essener Konferenz der Schwerindustriellen.

### Mißtrauensanträge gegen Severing.

+ **Berlin, 11. Juni.**

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm im Reichstag Abg. Dr. Klönne (Dtn.) das Wort zu einer Erklärung, in der er auf die letzten Auseinandersetzungen mit dem Abg. Bernhard (D.) zurückkommt. Auf Grund genauer Erkundigungen stelle er gegenüber den Behauptungen des Abgeordneten Bernhard fest, daß

**Vögler nicht nach Essen gefahren sei, um Industrielle umzustimmen.**

Er war längst vor der Reise klar über die Bedeutung der alliierten Forderungen und die Konsequenzen, die sich daraus für seine Stellung ergaben. Sein späterer Rücktritt erfolgte aus freiem Entschluß und ohne jede äußere Beeinflussung. Ueber die Beweggründe Schachts sei er nicht unterrichtet. Bei der Aussprache in Essen sei kein Unterschied zwischen den beiden Auffassungen zutage getreten. Auch die Darstellung Bernhards über die Transfer- oder Reparationskrise entspreche nicht den Tatsachen. Wohl sei die Rede davon gewesen, daß die Krise so oder so kommen müsse, wenn nicht eine hieb- und stichfeste Sicherungsklausel eingebaut würde.

**Die Aeußerungen aber, die Bernhard Herrn Thyssen unterschiebe, seien völlig frei erfunden.**

(Hört! Hört!)

Hierauf wurde die zweite Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums fortgesetzt. Von den Deutschnationalen, den Nationalsozialisten, den Christlichnationalen und den Kommunisten sind

**Mißtrauensanträge gegen Minister Severing**

eingebracht worden.

Von den Regierungsparteien wird in einer Entschließung die Regierung ersucht, bei der Hereinnahme fremder Arbeitskräfte auch das Auslandsdeutschtum zu berücksichtigen.

Abg. Dr. Strathmann (Dntl.) wies die Angriffe zurück, die gestern Abg. Dr. Moses gegen die Notgemeinschaft der Wissenschaft gerichtet hat. Er wandte sich dann gegen Tendenzen im Theaterleben, wie sie in Lampels „Giftgas über Berlin" zum Ausdruck gekommen seien. Wenn der Minister sich als Verfassungshüter fühle, dann sollte er vor allem auch den Artikel 119 der Verfassung durchsetzen, der die Ehre unter den Schutz des Staates stellt.

Abg. Dr. Dessauer (Z.) stimmte der vom Abgeordneten Dr. Moses an der Notgemeinschaft geübten Kritik nicht zu. Die von Dr. Moses beanstandeten Arbeiten hätten von den 16 Millionen Reichsbeihilfe nur 11 000 Mark in zwei Jahren erfordert. Auch sachlich gehe die Kritik fehl. Die Notgemeinschaft wirke auch segensreich durch ihre Unterstützungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Reichsinnenminister Severing: Der Abgeordnete Dr. Strathmann hat an mich als an den Gesundheitsminister appelliert. Zu den preußischen Landtagsentschließungen über Schmutz und Schund ist wohl die preußische Regierung mit mir der Meinung, daß die bestehenden Gesetze ausreichen. Die Verbrecher darf man nicht unter die zu verbietenden unmoralischen Stücke rechnen. Dieser Meinung sind nicht einmal die Richtervereine. Wenn Verbrechen nicht auf der Bühne gezeigt werden dürften, dann könnten Schillers „Räuber" und die meisten Werke von Shakespeare nicht aufgeführt werden.

**Von einer moralischen Durchseuchung des deutschen Volkes kann nicht gesprochen werden.**

Die Abwehrbewegung gegen eine Wiedereinführung der Zensur kann man nicht mit der Bezeichnung „hysterisches Geschrei" abtun. Wenn die geistige Repräsentation von Preußen auf das Reich übergehen soll, dann ist die Voraussetzung eine stabilere Gestaltung des Reichsinnenministeriums. Seit 1919 hat Preußen drei Kultusminister gehabt, das Reich aber 13 Innenminister. Die Arbeitsgemeinschaft mit dem preußischen Kultusministerium soll nicht zu einer preußischen Hegemonie führen. Wenn wir das Berufsschulgesetz auf das Reich übernehmen, würde das 30 Millionen kosten. (Lebhafter Zuruf der Kommunisten: „Streichen Sie doch bei Schmutz und Schund!") Das könnte ich nur, wenn der Reichstag die Aufhebung dieses Gesetzes beschlösse. Demnächst wird dem Reichstag die

**Vorlage des Vereinsgesetzes**

zugehen. Die Regierung hat hier den alten Entwurf akzeptiert, ohne sich mit allen Einzelheiten zu identifizieren. (Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

**Ein Reichsschulgesetz wird heute kein Minister vorlegen, wenn er nicht die Parteigegensätze verschärfen will.**

Wir haben für eine solche Gesetzgebung gegenwärtig auch garnicht das nötige Geld. Wenn der Stahlheim nur den Wehrgedanken pflegen wollte, wie es ja auch der Jungdeutsche Orden tut (Lachen bei den NS.), dann hätten die Behörden keinen Grund, gegen ihn vorzugehen. Er will aber tatsächlich den Parlamentarismus abwürgen, und das lassen wir uns nicht gefallen. Zu meinen Ausführungen über die Begriffe „National" und „International" bin ich durch die Angriffe von deutschnationaler Seite provoziert worden. Die Erfahrungen beim Weltkrieg haben gezeigt, welche außenpolitische Gefahr es sein kann, wenn durch unberechtigte Angriffe gegen die Sozialdemokratie im Ausland der Glaube erweckt wird, daß diese große Partei bei einem Angriff auf Deutschland tatenlos beiseite stehen würde. (Abg. Goebbels (N.-S.) erhielt einen Ordnungsruf, weil er dem Minister in einem Zuruf "Landesverrat" vorwirft.) Die wissenschaftliche Notgemeinschaft wollen wir beim Reiche erhalten, aber die Herren von der Notgemeinschaft sollten nicht zu empfindlich sein gegen berechtigte und auch unberechtigte Kritik. Wir wollen ein Kontrollorgan schaffen, durch das die Verbindung der Herren von der Notgemeinschaft mit der Volksvertretung hergestellt wird. Mit dem braunschweigischen Kultusministerium schweben Verhandlungen wegen der Schulfrage. Große Programmreden wären jetzt verfehlt, wo jeder Minister von der Finanzlage abhängig ist. Jetzt kommt es auf Taten an.

Unter den folgenden Rednern verlangte Abg. Joos (Zentr.) bessere Fürsorge für die kinderreichen Familien.

Abg. Bernhard (D.) erklärte dem Abg. Dr. Klönne gegenüber, er halte seine von Dr. Klönne bestrittenen Angaben über die Essener Konferenz der Schwerindustrie vollinhaltlich aufrecht und sei

**bereit, durch Verzicht auf die Inanspruchnahme seiner Immunität eine gerichtliche Prüfung seiner Behauptungen zu ermöglichen.**

Abg. Dr. Klönne (D. N.) erwiderte, der Abgeordnete Bernhard habe sich nicht von dem schweren Vorwurf gereinigt, durch seine Artikel das Vaterland geschädigt zu haben.

Abg. Bernhard (D.): Ich habe meine Behauptungen aufrecht erhalten. Wie Herr Klönne und Herr Hugenberg die Wirkung dieser Behauptungen beurteilen, ist mir gleichgültig.

Um 7½ Uhr wurde die Weiterberatung auf Mittwoch, 10 Uhr vormittags, vertagt. Die Vorlage zur Verlängerung des Republikschutzgesetzes wurde dem Rechtsausschuß überwiesen.

# König Fuad in Berlin.

## Im Tempelhofer Flughafen

:: **Berlin, 11. Juni.** König Fuad besichtigte heute vormittag nach einer Rundfahrt durch den Tiergarten in Begleitung seines Gefolges und seines deutschen Ehrendienstes die Anlagen des Tempelhofer Flughafens. Zur Begrüßung hatten sich Reichsverkehrsminister Stegerwald, sowie Staatssekretär Gutbrod und der Dirigent der Luftfahrtabteilung im Reichsverkehrsministerium, Ministerialrat Brandenburg, ferner Ministerialrat Knüpfer vom preußischen Handelsministerium, der Präsident der Schule für Technik und Verkehr, Paetsch, und Vertreter des Aufsichtsrates und des Vorstandes der Deutschen Lufthansa und der Berliner Flughafengesellschaft eingefunden. Nach einer kurzen Begrüßung fand eine Führung durch die Anlagen des Flughafens durch Stadtbaurat Adler statt. Der König wurde sowohl bei seiner An- wie bei seiner Abfahrt von dem Publikum lebhaft begrüßt.

*

## Keine Ordensverleihungen.

() **Berlin, 11. Juni.** Die „B. Z." meldet: Mit Rücksicht auf die entgegenstehenden Bestimmungen der Reichsverfassung haben die beteiligten Stellen des Deutschen Reiches und des ägyptischen Königshofes sich dahin verständigt, daß keine Auszeichnungen aus Anlaß des Berliner Staatsbesuches des ägyptischen Königs Fuad erfolgen. König Fuad von Aegypten hatte ursprünglich die Absicht, bei seinem Berliner Aufenthalt Ordensauszeichnungen seines Landes an die Repräsentanten des deutschen Reiches zu verleihen. Die jetzige Reichsregierung vertritt entsprechend der Ansicht des hierfür federführenden Reichsinnenministers Severing die Auffassung, daß die Bestimmungen der Reichsverfassung ganz klar und eindeutig sind und eine Annahme von Titeln und Orden nicht zulassen. Der ägyptische König ist hiervon verständigt worden, sodaß er von Auszeichnungen Abstand genommen hat.

*

## Im Zeughaus.

A **Berlin, 11. Juni.** Nach einer Meldung des Amtlichen Preußischen Pressedienstes hatte der König von Aegypten den Wunsch ausgesprochen, das Andenken der deutschen Kriegsgefallenen zu ehren. Auf Anregung der Reichsregierung hatte deshalb der preußische Ministerpräsident Dr. Braun den König von Aegypten auf heute nachmittag 16 Uhr in das Zeughaus, das der Verwaltung des preußischen Staates untersteht, geladen. Wenige Minuten vor der Ankunft des Königs traf Reichspräsident von Hindenburg in Marschallsuniform ein, begrüßt von sämtlichen zur Zeit in Berlin anwesenden Mitgliedern der preußischen Staatsregierung, an ihrer Spitze Ministerpräsident Dr. Braun, der sich in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Weismann befand. Kurz darauf traf der König von Aegypten ein, der in der unteren Halle des Zeughauses vom Reichspräsidenten und dem preußischen Ministerpräsidenten empfangen wurde. Ministerpräsident Dr. Braun führte dann seinen Gast und den Reichspräsidenten über die breiten Freitreppen, die von Fahnenträgern der Reichswehrtraditionskompagnien flankiert waren, in die Gedenkhalle, die der Erinnerung an die gefallenen deutschen Soldaten geweiht ist. Dort legte der König von Aegypten einen großen Lorbeerkranz mit einer in den ägyptischen Farben gehaltenen Schleife nieder, auf der die Worte standen: „Fuad R. 1929." Die Kapelle spielte dazu leise „Ich hatt' einen Kameraden". Nach der Kranzniederlegung schritt der König von Aegypten die Front der im Vorhofe aufgestellten Fahnenkompagnie ab. An dem feierlichen Akt nahmen u. a. teil: Reichsminister Dr. Gröner, Reichsjustizminister von Guérard als Vertreter des abwesenden Reichsaußenministers Ministerialdirektor Dr. Köpke und mehrere Staatssekretäre des Reiches und Preußens, Mitglieder des Reichsrats, die Präsidenten des preußischen Landtages und Staatsrats, der apostolische Nuntius Pacelli, der Präsident der Oberrechnungskammer, Staatsminister a. D. Saemisch, der Chef der Heeresleitung General Heye, der Chef der Marineleitung, Admiral Dr. Räder, eine Reihe weiterer hoher Beamter und Vertreter der ägyptischen Presse.

*

## In der Porzellanmanufaktur.

(:) **Berlin, 11. Juni.** König Fuad stattete heute nachmittag der staatlichen Porzellanmanufaktur in Begleitung seines Gefolges und der Herren seines Ehrendienstes einen Besuch ab. Im Namen des abwesenden preußischen Handelsministers begrüßte Staatssekretär von Seefeld den König. Hieran schloß sich eine Führung durch die Ausstellung und die Fabrikationsräume der Manufaktur, wobei Staatskommissar Regierungsrat Dr. Moelle und der technische Direktor Professor König über die einzelnen Abteilungen berichteten. Besonderes Interesse brachte der König dem 900teiligen Tafel- und Kaffeeservice entgegen, das die staatliche Manufaktur im Auftrage des ägyptischen Gesandten für den Empfang hergestellt hat, den König Fuad veranstaltet. Hieran schloß sich ein Tee, wobei dem König von der staatlichen Manufaktur zum Andenken ein Schinkel-Kord überreicht wurde.

*

## Beim Reichstagspräsidenten.

× **Berlin, 11. Juni.** Heute mittag folgte König Fuad mit seinem Gefolge und den Herren des Ehrendienstes einer Einladung des Reichstagspräsidenten Loebe zu einem Frühstück. An dem Frühstück nahmen teil u. a. Mitglieder der verschiedenen Reichstagsfraktionen, die Reichsminister Curtius, Severing, Stegerwald und Wirth, der Gesandte Preger, die Staatssekretäre Dr. Meißner und Dr. Weismann, der stellvertretende Staatssekretär in der Reichskanzlei, der stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, sowie Ministerialdirektor de Haas, Ministerialdirigent Richthofen, der Chef des Protokolls Graf Tattenbach, der stellvertretende Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung, vortragender Legationsrat von Kaufmann und der Direktor beim Reichstag, Geheimrat Galle.

# Der Putsch auf Curacao.

## Ein neuer Ueberfall.

+ **Caracas, 11. Juni.** Die revolutionären venezuelanischen Banditen, die letzten Sonnabend Willemstad angegriffen und sich dann nach Venezuela geflüchtet haben, griffen Sonntag die Stadt Coro im Staate Falcona an, wurden aber nach einem mehrstündigen Kampf zurückgeschlagen.

*

## Das Interesse der Vereinigten Staaten.

**Haag, 11. Juni.** Curacao ist eine jener Inseln, von denen man sehr genau weiß, daß sie durch gewisse Parteien in den Vereinigten Staaten als einen für den Bestand des Staates unbedingt wichtigen Teil betrachtet werden und daher sobald wie möglich den Vereinigten Staaten einzuverleiben seien. Curacao liegt nämlich in einer Zone, die es als strategisch wichtigen Punkt sowohl für den Panamakanal als auch Venezuela gegenüber erscheinen läßt. Das rasche wirtschaftliche Aufblühen von Curacao ist sicherlich nicht dazu angetan, diese amerikanischen Wünsche zu vermindern. Es ist also kein Wunder, daß man sich in Holland sehr aufregte, als die Nachricht über den Ueberfall auf Willemstad bekannt wurde. Der Bericht des „Amsterdamer Telegraaf", daß der amerikanische Konsul sofort um Entsendung von Kriegsschiffen nach Washington telegraphiert habe, würde überdies auch beweisen, daß Amerika diese Gelegenheit nicht ungenützt verstreichen lassen will. Als sehr unangenehm wird es in Holland empfunden, daß die Ueberrumplung von Willemstad so völlig und beinahe widerstandslos geglückt ist, und die Entführung des Garnisonkommandanten wird hier als ein harter Schlag für die militärische Tüchtigkeit der Besatzung betrachtet. Man fürchtet hier auch, daß es sich vielleicht erweisen könnte, daß von offizieller venezuelischer Seite bei dieser Sache mitgespielt wurde. Dies hätte natürlicherweise bestimmte Schritte Hollands gegen Venezuela nach sich ziehen müssen, wobei dann wieder die Gefahr bestanden hätte, daß Amerika die Gelegenheit benützte, um mit der Monroedoktrin aufzutrumpfen.

*

## Der Führer der Putschisten.

**Haag, 11. Juni.** Der Sekretär der hiesigen venezuelischen Gesandtschaft, der zurzeit den abwesenden Gesandten vertritt, gab dem Haager Berichterstatter der „K. Z." einige Aufklärungen über den Ueberfall auf Willemstad, worin er u. a. ausführte: Der Befehlshaber der Bande, die Willemstad überfallen hat, der sogenannte „General Uerbina, sei der Justiz in Venezuela nicht unbekannt. Er sei nicht als eine politische Persönlichkeit zu betrachten, sondern als ein gewöhnlicher Bandit, der überdies vor einem Jahr zusammen mit einem andern das Zollbüro der Stadt Lavela überfallen habe, wobei es einige Tote gab, während es den Anführern gelang, zu entweichen. Damals flüchteten sie nach Curacao. Ich bin fest überzeugt, führte er weiterhin aus, daß die venezuelische Regierung alles tun wird, um Uerbina zu überwältigen und um die Schuldigen nicht nur für ihre früheren Verbrechen, sondern auch für den frechen Ueberfall auf Willemstad zu bestrafen. Der Handstreich Uerbinas hat nicht das mindeste mit dem Präsidentenwechsel in Caracas zu tun. Venezuela ist fest entschlossen, die Ordnung in seinem Lande aufrechtzuerhalten und Präsident Perez wird im Sinne seines Vorgängers Gomez sicherlich nichts unversucht lassen, um auch in diesem Falle die Ruhe und die Ordnung wiederherzustellen. Obwohl Uerbina und seine Bande von Curacao zurückkommend, in einem ziemlich schwach bevölkerten Gebiet von Venezuela gelandet sind, verfügt die Regierung über genügende Machtmittel, um sich auch in diesem Gebiet Geltung zu verschaffen.

*

## Die Räuber verschanzen sich.

() **Newyork, 11. Juni.** Nach einer Meldung aus Venezuela haben sich die Aufständischen, die Wilhelmstad überfallen hatten, in der Nähe von Coro, wo sich ihr Hauptquartier befindet, verschanzt, nachdem sie Zuzug von 2000 Mann erhalten haben.

# Der Jakubowski-Prozeß.

## Plaidoyers und Strafantrag.

+ **Neustrelitz, 11. Juni.** Heute vormittag begannen die Plaidoyers. Zunächst erhielt Oberstaatsanwalt Dr. Weber als Vertreter der Anklage das Wort. Er betonte, die Hauptverhandlung gegen Nogens und Genossen habe ergeben, daß der hingerichtete Jakubowski nicht als alleinschuldig anzusehen sei. Die Geständnisse der Angeklagten Nogens seien nur mit größten Schwierigkeiten zustande gekommen. Es sei ihnen deswegen auch bei dem Geständnis des August Nogens, der ja mehrfach widerrufen habe, Beweismittelwert beizumessen. Die Geständnisse seien das festeste Fundament der Anklage. Ein Beweis des Alibis des August Nogens konnte nicht geführt werden. Oberstaatsanwalt Dr. Weber ging sodann auf die Frage ein, ob Kreutzfeld und Blöcker als Täter in Betracht kommen könnten. Kreutzfeld, der in der Hauptverhandlung als Zeuge stark gelogen habe, sei in der Tat sehr verdächtig. Am Tatort könne Kreutzfeld jedoch nicht gewesen sein. Zusammenfassend müsse als historisches Ergebnis festgestellt werden, daß Kreutzfeld als Täter oder Mittäter vorläufig nicht in Frage komme. Ist Kreutzfeld, so fragte der Oberstaatsanwalt, der Anstifter gewesen? Auch für diese Vermutung läßt sich kein Beweis erbringen. Gegen Blöcker habe sich eigentlich gar kein Verdacht erhoben. Ich möchte glauben, so erklärte Dr. Weber, daß Kreutzfeld Mitwisser war. Gegen die Beteiligung Jakubowskis können ernste Bedenken bestehen, diese Bedenken müssen aber stark eingeschränkt werden. Von der Mitwisserschaft Jakubowskis bin ich überzeugt. Die Familie Nogens hat Jakubowski aber in der gerissensten Weise belastet. Nach mehrstündigem Plaidoyer stellte Oberstaatsanwalt Weber am Dienstag nachmittag im Jakubowski-Prozeß folgende Strafanträge: Gegen August Nogens wegen gemeinschaftlichen Mordes die Todesstrafe, wegen Meineides zwei Jahre Zuchthaus, außerdem dauernde Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, gegen Fritz Nogens wegen gemeinschaftlichen Mordes und Mittäterschaft, aber unter Berücksichtigung des Jugendgerichtsgesetzes zwei Jahre Gefängnis, wegen Meineides ein Jahr Gefängnis, zusammengefaßt in eine Gefängnisstrafe von 2½ Jahren, gegen Frau Kähler-Nogens wegen Beihilfe zum Morde fünf Jahre Zuchthaus, wegen schweren Meineides drei Jahre Zuchthaus, zusammengezogen in eine Zuchthausstrafe von sechs Jahren, sowie Ehrverlust auf 10 Jahre, gegen Blöcker wegen schweren Meineides die Mindeststrafe von drei Jahren Zuchthaus, ferner fünf Jahre Ehrverlust und dauernde Entziehung der Zeugnisfähigkeit, sowie Erlaß eines Haftbefehls wegen Fluchtverdachtes.

In der Begründung der Strafanträge wies der Oberstaatsanwalt insbesondere auf die Schwere der geleisteten Meineide hin, die wesentlich dazu beigetragen hätten, daß das Todesurteil gegen Jakubowski überhaupt vollstreckt worden sei. Die Angeklagte Frau Kähler-Nogens habe sich gegen Jakubowski wie eine Furie benommen und habe seinen Tod auf dem Gewissen. (Bewegung im Zuhörerraum.)

## Für Senkung der Realsteuern.

+ **Berlin, 11. Juni.** Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages beschäftigte sich am Dienstag mit Anträgen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei, die eine Senkung der Realsteuern, der Gewerbe- und Grundvermögenssteuern herbeiführen und den Gemeinden das Recht geben wollen, wieder Zuschläge zur Einkommensteuer oder einen besonderen Verwaltungskostenbeitrag zur Deckung der Gemeindebedürfnisse einzuführen. Nach längerer Debatte wurde unter Ablehnung der übrigen Anträge ein Antrag der Deutschen Volkspartei angenommen, wonach das Staatsministerium ersucht wird, rechtzeitig bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß eine etwaige Senkung der Reparationslasten in erster Linie zu einer Senkung der Realsteuern benutzt werde.

## Der Gemeindeausschuß berät in Berlin.

— **Berlin, 11. Jui.** Der Gemeindeausschuß des Preußischen Landtages begann heute abend die allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf zur Umgemeindung im westlichen Industriegebiet. Die Beratungen dürften mindestens zwei Wochen in Anspruch nehmen.

## Rücktritt Generaldirektors Colsman vom Luftschiffbau Zeppelin.

)( **Friedrichshafen, 11. Juni.** Kommerzienrat Dr. ing. h. c. Colsman, wird, wie der Luftschiffbau Zeppelin mitteilt, auf Grund eines in der heute vormittag hier abgehaltenen Gesellschafterversammlung des Luftschiffbaues Zeppelin gefaßten Beschlusses, am 1. Juli im freundschaftlichen Einvernehmen mit den Gesellschaftern seine Stellung als Generaldirektor des Luftschiffbaues Zeppelin niederlegen, um sich volkswirtschaftlichen Aufgaben zuzuwenden. In der Mitteilung des Luftschiffbaues wird dem Zurücktretenden der herzliche Dank für seine langjährige verdienstvolle Tätigkeit in den Unternehmungen der Gesellschaft ausgesprochen und der Zuversicht Ausdruck gegeben, daß er auch in Zukunft dem Luftschiffbau mit seinem bewährten Rat zur Seite stehen wird. Hinsichtlich der Neubesetzung ist, wie weiter verlautet, bisher noch kein Beschluß gefaßt worden.

## Riesenbrand in einem amerikanischen Petroleumfeld.

— **Los Angeles, 11. Juni.** In einem der nahegelegenen Petroleumfelder sind in der letzten Nacht neun Bohrtürme und 45000 Fässer Petroleum durch einen Riesenbrand vernichtet worden, der einen Gesamtschaden von mehr als einer Million Dollar anrichtete. Die mit Asbest-Kleidung versehenen Feuerwehrleute waren die ganze Nacht bemüht, den Brand einzudämmen. Die Polizei hatte die größten Schwierigkeiten, die Menge der Schaulustigen, die durch den gewaltigen Feuerschein und die ungeheuren Rauchwolken angelockt worden waren, aus der Gefahrzone fern zu halten.

## Der schwedische Transozeanflug.

▲ **Reykjavik, 11. Juni.** Das schwedische Transozeanflugzeug „Sverige" startete heute früh um 4,10 Uhr nach sorgfältigem Studium der Wetterverhältnisse zum Weiterfluge nach Ivigtut auf Grönland, kehrte aber nach 45 Minuten in den hiesigen Hafen zurück, wahrscheinlich infolge zu schwerer Belastung. Um 6,25 Uhr stieg die „Sverige" abermals auf und nahm Kurs auf Ivigtut.

### Erneute Umkehr.

◈ **Reykjavik, 11. Juni.** Das Ozeanflugzeug „Sverige" ist wieder nach hier zurückgekehrt.

*

### Schwerer Eisenbahnunfall im Madrider Bahnhof.

□ **Madrid, 11. Juni.** Ein von Avila kommender Zug entgleiste infolge falscher Weichenstellung bei der Einfahrt in den hiesigen Nordbahnhof. Der dritte Wagen des Zuges wurde völlig zertrümmert. Zwei Reisende waren sofort tot, zwei weitere wurden schwer verletzt. Eine Untersuchung ist eingeleitet. Um 1 Uhr morgens war die durch den Unfall hervorgerufene Verkehrsstörung beseitigt.

Beilage

Do
L

Große

▲ **Madrid, 11. Jun**
Sitzung des Ratsausscha
trug am Dienstag im
einen grundsätzlic
tischen Charakte
lungen bildeten ausschl
Leitsätze des Londoner
empfehlungen in
Mittelpunkt der Ausspr
lich der große Geg
Dr. Stresemanns und
ausführlich ihre Stand
langte eine Vertagu
und betonte, das Min
tragender und ent
eine sofortige L
erscheine. Er halte es
durch den internationa
sätzliche Frage geklärt
schafts- und Sch
gegenüber den Minder
her engbegrenzten Be
ausgehen könne,
bundsrates nur in ei
vorsehe. Auf einen Hi
esse einer einheitlichen
den Ratsmitgliedern
müßten, wies Dr. St
druck Briand darauf h
entscheidenden Frage,
einer einheitlichen Ba
geständnisse gem
schwersten Angri
fentlichkeit ausg
langte sodann, daß de
schaffe, welche Vorsch
dem Völkerbund vor
Klarheit haben, bevor
im Völkerbundsrat fes
Adatschi trat dage
Londoner Minderheiten
gesetzt das Wort zu lo
sich gleichfalls weitg
für Annahme des L
und lehnte die von De
Wirtschafts- und Schutz
den Minderheiten grun

Die Verhandlungen
unterbrochen und sollen
einer weiteren Sitzung
erstatter Adatschi ho
tagssitzung den Entwur
bundsrat auszuarbeiten
Londoner Minderheiten
die Aussprache der
berücksichtigen so
heutigen lang ausgede
sätzlich gehaltenen Ver
land im Hinblick auf di
Ratsmitgliedes gew
währen, um einen von
befürchteten Mißerf
schusses unter all
hindern.

Die in freier Rede
formulierten Ausführu
allen Seiten mit größ
konnten auch auf die
Auffassungen nachhaltig
sich u. a. auch in einer
der Meisterschaft,
seine Argumente darge
dauern darüber aus
führungen in einem er
aber nicht verhindere, d
die Worte Stresemann
menarbeite, sehr zu
widerung des rumänis
sehr entgegenkommend

Nach dem heute na
nique des Völkerb
Stresemann das Mind
Gesichtspunkt des Ve
prinzipiellen S
seien gewisse Verbes

Zu

Briand über
der

:: **Paris, 11 Juni.**
derkorrespondent der „
französische Außenmini
Dr. Stresemann
mit ihm eine privat
unter zwei Bedin
keinerlei Entsch
ziehung der alli
Rheinlande in A
Verhandlungen beso
treters der neuen
führt werde. Der engl
ham sei lediglich no
lischen Regierung. Br
menkunft der Vertrete
gischen Regierun
dungen treffe. Zweit
nationale Konfe
einen Verhandlun
würde mit London
englische Regierung die
Deutschland, Frankreich
würden folgende Länd
Rumänien, Südslawien
und Ungarn, da Fr
staaten zu regeln
Regierung würde eber
mit Rücksicht auf sie s
Verhandlungsor
der Zwischenzeit würd
ziehung der alli
vorbereitet werden, sod
dem Young-Plan, fal
September von
sein könnte.

Deutsch-franzö
und E

)( **Paris, 11. Juni.**
korrespondenten in Me
einheitlich Berichte zu
Unterscheidung z
schen „Verhandl
Reparationsber
landräumung u
Stresemann und
Blätter beschränken

# Das Minderheitenduell Stresemann-Briand.

## Große Gegensätze.

▲ **Madrid**, 11. Juni. Die Aussprache in der geheimen Sitzung des Ratsausschusses über die Minderheitenfrage trug am Dienstag im Gegensatz zu den letzten Tagen einen grundsätzlichen, ausgesprochen politischen Charakter. Die Grundlage der Verhandlungen bildeten ausschließlich die allgemeinen großen Leitsätze des Londoner Berichts, während die Einzelempfehlungen in den Hintergrund traten. Im Mittelpunkt der Aussprache stand demgemäß ausschließlich der große Gegensatz zwischen der Auffassung Dr. Stresemanns und der Briands. Beide Minister legten ausführlich ihre Standpunkte klar. Dr. Stresemann verlangte eine Vertagung der endgültigen Entscheidung und betonte, das Minderheitenproblem sei von so weittragender und entscheidender Bedeutung, daß eine sofortige Lösung völlig undenkbar erscheine. Er halte es ferner für dringend notwendig, daß durch den internationalen Haager Gerichtshof die grundsätzliche Frage geklärt werde, wieweit die Wirtschafts- und Schutzpflicht des Völkerbundes gegenüber den Minderheiten über den Rahmen des bisher engbegrenzten Beschwerdeverfahrens hinausgehen könne, das ein Einschreiten des Völkerbundsrates nur in einigen eng begrenzten Einzelfällen vorsehe. Auf einen Hinweis Briands, daß im Interesse einer einheitlichen Stellung des Völkerbundes von den Ratsmitgliedern Zugeständnisse gemacht werden müßten, wies Dr. Stresemann mit großem Nachdruck Briand darauf hin, daß er bereits einmal in einer entscheidenden Frage, der Saarfrage, im Interesse einer einheitlichen Völkerbundspolitik gewisse Zugeständnisse gemacht habe, obwohl er sich dadurch schwersten Angriffen der deutschen Oeffentlichkeit ausgesetzt habe. Stresemann verlangte sodann, daß der Ratsausschuß darüber Klarheit schaffe, welche Vorschläge und Empfehlungen er dem Völkerbund vorlegen werde. Er wolle hierüber Klarheit haben, bevor er endgültig seine Stellungnahme im Völkerbundsrat festlege. Der japanische Botschafter Adatschi trat dagegen für Aufrechterhaltung des Londoner Minderheitenberichts ein. Briand, der fortgesetzt das Wort zu langen Ausführungen ergriff, setzte sich gleichfalls weitgehend und unversöhnlich für Annahme des Londoner Minderheitenberichts ein und lehnte die von Deutschland geforderte allgemeine Wirtschafts- und Schutzpflicht des Völkerbundes gegenüber den Minderheiten grundsätzlich ab.

Die Verhandlungen des Ratsausschusses wurden dann unterbrochen und sollen am Nachmittag um 18 Uhr in einer weiteren Sitzung fortgesetzt werden. Der Berichterstatter Adatschi hat den Auftrag, bis zur Nachmittagssitzung den Entwurf für einen Bericht an den Völkerbundsrat auszuarbeiten, der selbstverständlich auf dem Londoner Minderheitenbericht aufgebaut sein wird, jedoch die Aussprache der heutigen Vormittagssitzung mit berücksichtigen soll. Es zeigt sich auf Grund der heutigen lang ausgedehnten und außerordentlich grundsätzlich gehaltenen Verhandlungen die Tendenz, Deutschland im Hinblick auf die eindeutige Haltung des deutschen Ratsmitgliedes gewisse Zugeständnisse zu gewähren, um einen von den maßgebenden Ratsmitgliedern befürchteten Mißerfolg der Arbeiten des Ratsausschusses unter allen Umständen zu verhindern.

Die in freier Rede vorgetragenen, sehr klar und ruhig formulierten Ausführungen Stresemanns wurden auf allen Seiten mit größter Aufmerksamkeit angehört und konnten auch auf die Vertreter der gegensätzlichen Auffassungen nachhaltigen Eindruck machen. Dies äußerte sich u. a. auch in einer Bemerkung Briands, der von der Meisterschaft, mit der der Reichsaußenminister seine Argumente dargelegt habe, sprach und sein Bedauern darüber ausdrückte, daß er seine eigenen Ausführungen in einem engeren Rahmen halten müsse, was aber nicht verhindere, daß er als Mann von Locarno die Worte Stresemanns, mit dem er seit Jahren zusammenarbeite, sehr zu schätzen wisse. Auch die Erwiderung des rumänischen Vertreters Titulescu war sehr entgegenkommend gehalten.

Nach dem heute nachmittag ausgegebenen Communique des Völkerbundssekretariats behandelte Dr. Stresemann das Minderheitenproblem sowohl unter dem Gesichtspunkt des Verfahrens als auch nach der prinzipiellen Seite. In der Verfahrensfrage seien gewisse Verbesserungen erzielt worden, während in manchen Punkten, vor allem inbezug auf den bestehenden Ausschluß der stammesverwandten Staaten aus dem Dreierkomitee, die deutschen Vorbehalte aufrecht erhalten werden müßten. Die Einsetzung eines Minderheitenausschusses des Völkerbundes soll nach der deutschen Auffassung nicht zu Eingriffen in die staatliche Souveränität oder zur Ausübung von Ueberwachungs- oder Kontrollbefugnissen dienen, sondern bezwecke nur das fortlaufende Studium der Lage und der Entwicklung der Minderheitenfrage. Die Einwände und Befürchtungen gegen die Einsetzung dieses Ausschusses seien daher nicht gerechtfertigt. Was die prinzipielle Seite anlange, so bestehe über den Umfang der Verpflichtungen des Völkerbundes keine Uebereinstimmung. Aus dem Londoner Bericht und den ihm beigegebenen Denkschriften der verschiedenen Länder seien die Meinungsverschiedenheiten klar ersichtlich, und man müßte feststellen, ob die Erklärungen Tittonis von 1920 über die Rechte und Pflichten des Völkerbundes in Minderheitenfragen noch zu Recht bestehen. Als Ausweg komme in Betracht: Erstens eine Vertagung der endgültigen Entscheidung, wodurch Zeit zur gründlichen Prüfung des Berichtes gegeben wäre und auch dem Umstande Rechnung getragen würde, daß verschiedene im Rat nicht vertretene Staaten sich noch nicht dazu geäußert haben. Diese Staaten könnten vielleicht die Minderheitenfrage vor die Völkerbundsversammlung bringen, wobei neue Anregungen zur Erleichterung oder Lösung des Problems auftauchen könnten.

Ein zweiter Ausweg bleibe die Einholung eines Gutachtens beim Ständigen Haager Gerichtshof über das Mandat des Völkerbundes in der Minderheitenfrage. Zusammenfassend wiederholte Dr. Stresemann, daß, abgesehen von einzelnen Punkten, auf die er wieder zurückkommen werde, Verbesserungen in verschiedenen Verfahrensfragen erzielt worden seien, daß er aber den Londoner Dreier-Bericht nicht annehmen könne, da er in wesentlichen Punkten mit dem in Widerspruch stehe, was er bei Aufwerfung der Minderheitenfrage im Auge gehabt habe. Angesichts der bestehenden Meinungsverschiedenheiten wäre eine Vertagung zweckmäßig, da sie die Ueberbrückung der Gegensätze vielleicht ermöglichen und andererseits die Anrufung des Haager Gerichtshofes erlauben würde.

Briand vertrat in längerer Rede die Auffassung, daß bei aller Verschiedenheit der Ansichten über die grundsätzlichen Fragen die Schlußfolgerungen des vorliegenden Berichtes eine Verbesserung des gegenwärtigen Verfahrens in sich schließen. Die von Dr. Stresemann vorgeschlagene Vertagung wäre ebenso bedenklich wie eine Anrufung des Haager Gerichtshofes, durch die die ganze bisherige Tätigkeit des Völkerbundes in der Minderheitenfrage in ein falsches Gleis geraten müßte.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann unterstrich nochmals seine gegensätzliche Auffassung in der prinzipiellen Frage und fügte hinzu, er sei so sehr wie jedes andere Ratsmitglied davon überzeugt, daß man zu einem einstimmigen Beschluß kommen sollte. Wollte man aber dem Rat den Dreierbericht mit sämtlichen Denkschriften und den Sitzungsprotokoll des Ratskomitees zustellen, so würde dadurch das Fortbestehen der Meinungsverschiedenheiten offenkundig. Eine Vertagung dagegen könnte die Möglichkeit weiterer Annäherung schaffen.

Der französische Außenminister forderte das Ratskomitee auf, im Rahmen des Möglichen zu bleiben. Schließlich schlug Scialoja als Vorsitzender vor, dem Rat die Schlußfolgerungen des Berichterstatters zuzustellen, wobei die Erklärungen über die grundsätzlichen Seiten des Problems dem Rat zur Kenntnisnahme überwiesen werden sollen.

★

## Besprechung zwischen Dr. Stresemann und Briand.

— **Madrid**, 11. Juni. Die angekündigte Besprechung zwischen Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem französischen Außenminister Briand hat heute von 17 bis 18 Uhr am Sitz der französischen Delegation stattgefunden. Die beiden Staatsmänner begaben sich darauf im gleichen Kraftwagen zur Sitzung des Ratskomitees. Man will wissen, daß die Besprechung auch der weiteren Behandlung der Minderheitenfrage in der heutigen Abendsitzung des Ratskomitees gegolten hat.

# Zur Rheinlandräumung.

## Briand über die Zurückziehung der Truppen.

:: **Paris**, 11 Juni. Der nach Madrid gesandte Sonderkorrespondent der „Chicago Tribune" meldet, daß der französische Außenminister Briand Reichsaußenminister Dr. Stresemann habe wissen lassen, daß er mit ihm eine private Begegnung verabreden wolle unter zwei Bedingungen, nämlich erstens, daß keinerlei Entscheidung über die Zurückziehung der alliierten Truppen aus dem Rheinlande in Abwesenheit eines für derartige Verhandlungen besonders beglaubigten Vertreters der neuen englischen Regierung geführt werde. Der englische Botschafter Sir George Graham sei lediglich nominell der Vertreter der englischen Regierung. Briand wolle, daß man eine Zusammenkunft der Vertreter der englischen und der belgischen Regierung abwarte, bevor man Entscheidungen treffe. Zweitens, er empfehle eine internationale Konferenz im Juli oder August, ohne einen Verhandlungsort vorzuschlagen. Frankreich würde mit London einverstanden sein, wenn die englische Regierung diesen Vorschlag machten sollte. Außer Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien und Japan würden folgende Länder Delegierte entsenden: Polen, Rumänien, Südslawien und wahrscheinlich Oesterreich und Ungarn, da Fragen betreffend die Nachfolgestaaten zu regeln seien. Die amerikanische Regierung würde ebenfalls eingeladen werden und mit Rücksicht auf sie scheine die Wahl Londons als Verhandlungsort besonders günstig. In der Zwischenzeit würden Pläne für die Zurückziehung der alliierten Besatzungstruppen vorbereitet werden, sodaß das deutsche Gebiet entsprechend dem Young-Plan, falls er angenommen werde, am 1. September von fremden Truppen befreit sein könnte.

★

## Deutsch-französische Verhandlungen und Besprechungen.

)( **Paris**, 11. Juni. Die Zeitungen, die durch Sonderkorrespondenten in Madrid vertreten sind, bringen heute einheitlich Berichte zum Abdruck, in denen eine strenge Unterscheidung zwischen deutsch-französischen „Verhandlungen" über die Folgen des Reparationsberichtes und über die Rheinlandräumung und „Besprechungen zwischen Dr. Stresemann und Briand" gemacht wird. Die Blätter beschränken sich darauf „Verhandlungen" zu dementieren und „Besprechungen" gelten zu lassen. Sie bemühen sich jedoch, ebenso einheitlich zu begründen, daß in diese Besprechungen die Saarfrage nicht hineingehören würde, da sie nichts mit Reparationen zu tun habe. Es scheint, daß der in Madrid weilende Außenpolitiker des „Matin" die Möglichkeit für eine Verhandlung auch über die Saarfrage offen lassen will, denn er zählt sozusagen die Schwierigkeiten einer solchen Verhandlung nur auf, um anzudeuten, daß Frankreich, falls diese Schwierigkeiten befriedigend gelöst würden, einer Behandlung auch der Saarfrage nichts mehr entgegenstellen würde. Er schreibt: Könne man, ohne bis 1935 zu warten, es Deutschland ermöglichen, die Saarbergwerke zurückzukaufen? Dies wäre zunächst möglich, wenn es sich nur um Zahlen handeln würde. Aber würde man, wenn man Deutschland für die kommenden sechs Jahre bereits die restlose wirtschaftliche Oberhoheit über das Saargebiet wiedergeben würde, nicht den Grundsatz der Volksabstimmung verfälschen? Die französische Industrie und der französische Handel erzielten aus ihren Geschäftsbeziehungen mit dem Saargebiet große Gewinne. Könne man von ihnen verlangen, daß sie ohne Entschädigungen sechs Jahre früher darauf verzichteten? Die Schwierigkeiten seien so groß und so augenscheinlich, daß Dr. Stresemann es ohne Zweifel vorziehen werde, mit Briand nicht einen Gesprächsgegenstand in Angriff zu nehmen, über den Briand ihm mit dem besten Willen kaum eine nützliche Antwort geben könne. Die Feststellungs- und Ausgleichsausschüsse für das Rheinland und das Tempo der Räumung seien dagegen Probleme, die die Vertreter der beiden am meisten interessierten Mächte sehr wohl durchsprechen könnten, bevor diese Frage den Gegenstand einer Debatte aller Mächte abgebe, die auf der kommenden politischen Konferenz ihr Wort mitzureden hätten.

★

## Die politischen Richtlinien Macdonalds.

# **London**, 11. Juni. In einem längeren Aufsatz über die politischen Richtlinien Macdonalds schreibt der politische Korrespondent des „Daily Herald".

Macdonald habe von seinen Vorgängern zwei glänzende Möglichkeiten für hervorragende persönliche Erfolge geerbt: Das Reparationsabkommen und Präsident Hoovers Vorschlag zur Verminderung der Seeabrüstungen. Die Freunde Macdonalds erwarten, daß er zu der Praxis internationaler Konferenzen und privater Besprechungen zurückkehrt, die von Sir Austin Chamberlain nach Locarno aufgegeben worden war. Macdonald wird keine Mühen scheuen, um zu erreichen, daß die neue Abrüstungskonferenz — wahrscheinlich im Juli oder August — in London abgehalten wird. Der Korrespondent glaubt sagen zu können, daß nach Ansicht Macdonalds und seiner Kollegen die Rheinlandräumung im September beginnen und bis zum 10. Januar nächsten Jahres beendet werden könnte und fügt hinzu, die britischen Truppen würden jedenfalls zurückgezogen werden, ohne Rücksicht darauf, ob Frankreich oder Belgien bereit sind, ihre eigenen Kontingente auch zurückzuziehen. In dieser Frage dürften die Sozialisten bestimmt nicht nur die Unterstützung der Liberalen Partei, sondern auch vieler konservativen Gruppen haben. Der Korrespondent sagte ferner, was die Abrüstungsfrage betrifft, so sei es höchst unwahrscheinlich, daß der britische sozialistische Delegierte für die vorbereitende Abrüstungskonferenz das Zugeständnis Lord Cushenduns in der Frage der Nichtberücksichtigung ausgebildeter Reserven aufrecht erhalten wird.

# Der Stinnes-Prozeß.

## Waldow widerruft.

— **Berlin**, 11. Juni.

In der gestrigen Verhandlung wurde die Vernehmung des Angeklagten v. Waldow fortgesetzt, der in seiner zusammenhängenden Schilderung über seine Beteiligung an dem Anleihegeschäft fortfährt. Er sei am 1. Mai 1927 erneut nach Paris gefahren, wo ihm erklärt wurde, daß die deutschen Behörden in der Aufwertungsangelegenheit noch immer nicht weiter seien. Als der Angeklagte von dem Bankier Schrandt die diesem ausgehändigten Empfangsbescheinigungen über die Anleihestücke zurückverlangte, habe dieser ihm erklärt, er habe sie dem französischen Abgeordneten Calman gegeben. Da dieser aber zur Vorbereitung der Wahlkampagne in Südfrankreich weile, sei es nicht möglich, die Bescheinigungen sofort zurückerhalten. Schrandt habe hinzugefügt, bei Calman seien diese Papiere in den besten Händen. Einige Tage später erfuhr der Angeklagte, daß bei dem Geschäft insofern Schwierigkeiten eingetreten waren, als der deutsche Sonderkommissar zusätzliche Buch einsicht verlangte. Schrandt habe erklärt, es werde kaum möglich sein, die Bücher herbeizuschaffen, da die betreffende Amsterdamer Bank inzwischen in Konkurs geraten sei. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß Schrandt ihm damals gesagt haben soll: „Tun Sie doch nicht so, als ob Sie nicht wüßten, daß die Belege falsch sind." Der Angeklagte v. Waldow stellt das entschieden in Abrede. Er sei dann gegen den Willen Schrandts mit ihm nach Amsterdam gefahren, um beim Nachfolger des in Konkurs geratenen Bankhauses die Belege zu beschaffen. Das sei ihm aber nicht gelungen, da der betreffende Bankier erklärt habe, die Bücher seien nicht mehr in seinem Besitz, und er habe auch kein Interesse daran, mit v. Waldow, den er nicht kenne, und der ein Hochstapler sein könne, ohne weiteres sein Geschäft zu machen. Der Angeklagte erklärt, er habe darauf seinen Paß vorgezeigt, und es sei zu einer erregten Szene gekommen, in deren Verlauf er dem Bankier gedroht habe, ihn mit gesetzlichen Mitteln zu zwingen, die Bücher vorzulegen. Schließlich sei man aber ohne Ergebnis nach Paris zurückgefahren, wo er mit dem Abgeordneten Calman gesprochen habe. Dieser habe ihm erklärt, daß er die Empfangsbescheinigungen zurückbehalten habe. Schrandt habe ihm (Calman) einen Gewinnanteil von 25 Prozent vom Reingewinn versprochen und er werde die Papiere nicht eher herausgeben, als bis er einen Vorschuß von 150000 Franks erhalten habe. Der Angeklagte betont, er sei zunächst sehr empört gewesen über diese Eigenmächtigkeit von Schrandt und habe ein Verfahren gegen Calman wegen Herausgabe der Papiere anstrengen wollen. Es sei ihm aber gesagt worden, daß Calman einen großen politischen Einfluß besitze, und in der Lage wäre, einen Zivilprozeß monatelang hinauszuziehen. Er sei also auf Gnade und Ungnade den Franzosen ausgeliefert gewesen und habe Calman 20 Prozent vom Reingewinn garantiert. Nach Zahlung eines Vorschusses von 110 000 Franks habe Calman sich bereitgefunden, die Papiere herauszugeben. Er sei dann nach Hamburg gefahren und habe Stinnes seine Bedenken gegen das Geschäft zum Ausdruck gebracht und ihn um Rat gefragt. Dieser habe unwillig erklärt: „Lassen Sie mich mit diesem Geschäft zufrieden!" Der Angeklagte bekundet dann, mit der Zeit sei ihm der Gedanke gekommen, daß die eingereichten Schlußnoten falsch gewesen seien, wovon er Stinnes wiederum unterrichtet habe. Er habe erneut mit allem Nachdruck darauf gedrungen, daß das Geschäft so schnell wie möglich zu Ende geführt werde. Anfang Juni 1927 sei er im Auftrage von Stinnes wieder nach Paris gefahren, um dort so lange zu bleiben, bis das Geschäft abgewickelt war. In Paris habe er eine Besprechung mit dem Abg. Calman gehabt und ihn über seinen Verdacht bezüglich der Schlußnoten unterrichtet. Calman, der der Ansicht war, daß man unbedingt Altbesitz bekommen müsse, versprach, seinen politischen Einfluß zur Abwickelung des Geschäftes geltend zu machen. Er wandte sich in Briefen an den deutschen Botschafter in Berlin, de Margerie, und an verschiedene andere einflußreiche Persönlichkeiten. Auch eine Interpellation in der französischen Kammer kündigte er an. Alle diese Schritte hätten ihm gezeigt, daß Calman bestrebt war, für sein und von Waldows Recht einzutreten. Er (der Angeklagte) habe sich dann im Verlaufe seines Pariser Aufenthalts mit Calman eng befreundet und mit ihm den Vertrag abgeschlossen, durch den Calman zur Vertretung des Geschäftes beim deutschen Reichskommissar bevollmächtigt wurde. Als Schrandt von diesem Vergleich erfuhr, war er darüber sehr aufgeregt, weil er glaubte, aus dem Geschäft ausgeschaltet zu werden, und er verlangte Bezahlung seiner Spesen in Höhe von 40000 Franken innerhalb 48 Stunden unter der Bedrohung, sonst das Geschäft zu sabotieren und gegen von Waldow und Stinnes vorzugehen. — Der Angeklagte v. Waldow erklärt weiter, er habe Schrandt auf Anraten von Calman daraufhin aus taktischen Gründen die Zahlung der Spesen zugesagt, doch sei die Forderung des Schrandt, die der Angeklagte für völlig unberechtigt hielt, niemals befriedigt worden. Calman habe inzwischen mit dem deutschen Kommissar verhandelt, der ihm gesagt habe, daß eine Aufwertung überhaupt nicht in Frage käme, weil die Belege nicht in Ordnung seien. Der Kommissar habe hinzugefügt, es habe sich herausgestellt, daß die Unterlagen zwar auf alten Besitz hinwiesen, daß aber die dazu eingereichten Stücke erst im November 1926 in London gekauft seien. Der Angeklagte von Waldow bekundet weiter, einige Tage später habe Calman Eugen Hirsch und ihm in größter Erregung mitgeteilt, der Kommissar Heinzmann habe ihm erklärt, die Sache liege noch viel schlimmer, das ganze Geschäft sei nach Ansicht des Kommissars auf Betrug aufgebaut. Der Kommissar habe weiter erfahren, daß Stinnes, auf den er nach den Aeußerungen Calmans einen großen Haß gehabt habe, der Geldgeber sei und habe erklärt, er werde Stinnes ein für allemal den Geschmack für solche Schiebungen auf dem Rücken seines Vaterlandes verderben. Schließlich habe sich der Kommissar bereits mit den deutschen Amtsstellen in Verbindung gesetzt, die für die Strafverfolgung seien. Man wolle davon absehen, wenn Stinnes eine Geldbuße von 500 000 Mark zahlen wolle. Vorsitzender: In Wirklichkeit hat Kommissar Heinzmann diese Forderung nie gestellt. Angeklagter von Waldow: Der Abgeordnete Calman hat es mir aber damals so geschildert. — Weiter gibt der Angeklagte an, daß diese Mitteilungen, die für ihn wie ein Blitz aus heiterm Himmel gekommen seien, ihn stark erschüttert hätten. Er habe Stinnes in aufgelöstem Zustande vorgeschlagen, diese 500 000 Mark zu zahlen, mit der Begründung, daß man offenbar in ein betrügerisches Geschäft verwickelt worden sei. Stinnes habe aber die Zahlung abgelehnt und auch nicht geglaubt, daß diese Forderung von dem Reichskommissar ausginge, sondern vermutete einen Erpressungsversuch von dritter Seite. Stinnes habe ihm weiter geraten, nicht nach Paris zurückzufahren, sondern in Urlaub zu gehen und sich von den Aufregungen der letzten Zeit zu erholen. Er (von Waldow) hätte aber Calman sein Wort gegeben, wieder nach Paris zurückzukommen, ob mit oder ohne Geld, und er sei infolgedessen auch nach Paris zurückgefahren. Der Angeklagte von Waldow schildert dann seinen letzten Aufenthalt in Paris, bei dem der Abgeordnete Calman ihm erklärt habe, der deutsche Kommissar würde sich auch mit einer Buße von 40 000 Mark zufrieden geben. Da aber Stinnes jede Zahlung abgelehnt habe, und er selbst nicht über diese Summe verfügte, sei er ergebnislos von Paris abgefahren. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten Widersprüche zwischen seinen jetzigen und seinen früheren Aussagen vor, insbesondere inbezug auf Stinnes' Beteiligung bei dem Anleihegeschäft. Der Angeklagte hatte während seiner Untersuchungshaft Stinnes schwer belastet. Der Angeklagte von Waldow widerruft die diesbezüglichen früheren Aussagen und erklärt, der ihn vernehmende Untersuchungsrichter habe ihm während der Untersuchungshaft mitgeteilt, Stinnes habe für ihn (den Angeklagten von Waldow) schwer belastende Aussagen gemacht. Es sei sogar gesagt worden, Stinnes wolle ihn vergiften. Er habe also unter dem Eindruck gestanden, daß Stinnes ihn vernichten wollte, und unter diesem Eindruck habe er auch die Stinnes belastenden Aussagen gemacht. Nachdem er aber erfahren habe, daß Stinnes in Wirklichkeit ihn gar nicht belastet habe, habe er (der Angeklagte von Waldow) seine damaligen von Haß gegen Stinnes diktierten Aussagen zurückgenommen. Rechtsanwalt Dr. Alsberg erklärt, daß der Angeklagte von Waldow in einer systematischen Weise vom Untersuchungsrichter gegen die anderen Angeklagten verhetzt worden sei. Angeklagter von Waldow bekundet, Kraminalkommissar Rassow habe auf belastende Aussagen für Stinnes gedrungen und wiederholt gesagt: „Wissen Sie nicht noch was Belastendes für Herrn Stinnes, es reicht noch nicht zur Verhaftung." Staatsanwaltschaftsrat Berliner bittet, diese Vorwürfe gegen abwesende Beamte bis zu ihrer eigenen Vernehmung zurückzustellen. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten von Waldow im Verlaufe der weiteren Vernehmung noch wiederholt Widersprüche zwischen seinen früheren und jetzigen Aussagen vor, die der Angeklagte immer wieder durch die niederschmetternde Wirkung der Untersuchungshaft und die Vernehmungsmethoden verständlich zu machen versucht. Er habe sich während der Untersuchungshaft in einem Zustande befunden, in dem er nicht mehr wußte, was er tat. Zusammenfassend erklärte der Angeklagte von Waldow, daß er sich nicht für schuldig halte. Er sei der Ansicht, daß Schrandt, von dem er sich aufs schwerste betrogen fühle, an seiner Stelle auf die Anklagebank gehöre.

★

## Ein gefälschter Brief?

◆ **Berlin**, 11. Juni. Zu Beginn der heutigen Verhandlung erklärte der Vorsitzende, das Gericht habe alles versucht, um Schrandt zu veranlassen, nach Berlin zu kommen, jedoch ohne Erfolg. Er machte darauf aufmerksam, daß kein Zwangsmittel gegenüber einem im Auslande wohnenden Zeugen nichtdeutscher Nationalität zur Verfügung stände. Es bleibe also nichts anders übrig, als Schrandt in Aachen zu vernehmen. Die Verteidiger Dr. Davidson und Dr. Alsberg halten es für unbedingt erforderlich, daß Schrandt an Gerichtsstelle vernommen werde. Gegebenenfalls müsse das ganze Gericht vollzählig nach Aachen gehen und es müsse dort eine richtige Gerichtsverhandlung stattfinden, wie in Berlin. Sie bitten das Gericht nochmals, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die Vernehmung Schrandts in Berlin zu ermöglichen. Wünschenswert wäre auch die Vernehmung des Abgeordneten Calman in Berlin. Vorsitzender: Ich kann nur wiederholen, daß es dem Gericht trotz aller möglichen Versuche sowie Zusicherung freien Geleits nicht gelungen ist, Schrandt zu veranlassen, nach Berlin zu kommen. Es bleibt also dabei, entweder wir vernehmen Schrandt in Aachen oder garnicht. Bezüglich des Zeugen Calman bitte ich den Herrn Staatsanwalt, ihn zu ersuchen, nach Berlin zu kommen. Darauf wird die Vernehmung des Angeklagten von Waldow fortgesetzt. Der Staatsanwalt hält dem Angeklagten eine Reihe von Widersprüchen zwischen seinen gestrigen Aussagen und der Aktennotiz vor, die der Angeklagte auf Stinnes Verlangen über das Geschäft angefertigt hatte. von Waldow versuchte die Vorhaltungen des Staatsanwalts durch die Erklärung zu entkräften, er habe sich in der Aktennotiz nur unvorsichtig ausgedrückt und könne Widersprüche nicht zugeben. Der Staatsanwalt hält ihm weiter vor, daß er in der Aktennotiz wiederholt davon spreche, daß ihm im Verlaufe des Geschäftes Bedenken gegen dessen Legalität gekommen seien, während er es jetzt so darstellt, als ob er bis zuletzt an die Korrektheit des Geschäftes geglaubt habe. Der Angeklagte wiederholt, seine Bedenken hätten sich nicht gegen das Geschäft als solches gerichtet, sondern gegen Schwandt, an dessen Lauterkeit er schon damals gezweifelt habe. Zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen den Verteidigern und dem Staatsanwalt kommt es, als der Vorsitzende einen an den Angeklagten von Waldow gerichteten Brief eines gewissen Parma verliest, in dem dieser, der gleichfalls in das Geschäft verwickelt war, Waldow den Vorwurf macht, schon von der Illegalität des Geschäftes in einem Augenblick überzeugt gewesen zu sein, als ihm nach seiner eigenen Darstellung noch keine Zweifel gekommen wären. Auf die Frage des Staatsanwalts, wie er sich zu dem Brief stelle, antwortet der Angeklagte von Waldow, daß er dieses Schreiben nie erhalten habe und die darin enthaltenen Behauptungen erlogen seien. Die Rechtsanwälte Dr. Ehlers und Dr. Alsberg protestieren scharf dagegen, daß dieser wahrscheinlich gefälschte Brief als Beweismittel gegen den Angeklagten verwendet werde. Der Vorsitzende stellt die Angelegenheit zurück und weist auf die in Aussicht genommene Vernehmung des Zeugen Parma hin.

★

### Strafen für blinde Passagiere.

**Friedrichshafen**, 11. Juni. Wie erinnerlich, waren vier junge Burschen festgenommen worden, die sich in das Luftschiff „Graf Zeppelin" eingeschlichen hatten, um den Amerikaflug mitzumachen. Die Abenteurer wurden dem Amtsgericht Tettnang zugeführt, wo sich nur noch einer befindet, der noch etwas anderes auf dem Kerbholz zu haben scheint. Von den anderen wurde der Jüngste dem Jugendgericht übergeben, das ihn in die Heimat abschob; zwei erhielten Strafbefehle wegen Hausfriedensbruchs und unbefugten Waffentragens sowie Freiheitsstrafen von 18 bis 21 Tagen.

### Strafantrag gegen die Berliner Barrikadenkämpfer.

▲ **Berlin**, 11. Juni. In dem Prozeß gegen die zehn im Zusammenhang mit den Maiunruhen in der Tempelinerstraße wegen Aufruhrs Angeklagten beantragte der Staatsanwalt Gefängnisstrafen von vier Monaten bis anderthalb Jahren.

Irmgard

Die glückliche Geburt eines prächtigen

**Mädchens**

zeigen hocherfreut an

Josef Wegmann
und Frau Margot
geb. Marlie

Rhede, den 11. Juni 1929.

---

**Feiertagshalber**

bleibt mein Geschäft **von Donnerstag,** den 13. Juni, nachm. 4 Uhr, **bis Samstag abend**

**geschlossen.**

Bitte die verehrte Kundschaft, Ihre Einkäufe danach einzurichten.

**Schul's Partiewarenhaus und Verleihinstitut**
**Münster i. W., Rosenstraße 8**

---

In einem aufblühenden und freundlichen Orte in kath. Gegend Westfalens sind **mehrere**

# Wohn- und Geschäftshäuser

**zu verkaufen.** Die Häuser sind meist neu und sofort beziehbar. Sie liegen in sehr guter Lage und sind teils von der Hauszinssteuer frei. Die Preise zwischen 6000 Mk. bis 35000 Mk. liegen wesentlich unter Neubaupreis. Sehr gute Kaufgelegenheit für Beamte im Ruhestand. Gefl. Auskunft unter V 15096 an die Ann.-Exp. E. Wendel G. m. b. H., Münster i. W. vm8927

---

**Achtung! Achtung!**

**Schuhmacher!**

Das zum Konkurs der Firma Adolf Zerhusen, **Münster i. W., Frauenstraße 18,** gehörige **Lederlager,** nur aus regulärer, guter Ware in Vache- und Sohl.-Croupons bestehend, soll von mir freihändig zu sehr günstigen Preisen gegen Barzahlung verkauft werden. Mindestabnahme 2 Croupons. **Der Verkauf findet täglich von 9—12 und von 3—6 Uhr statt.**

**Der Konkursverwalter**
Dr. Plate.

---

**Ladenlokal**

in bester Lage einer aufblüh. Industriestadt, in welchem seit lang. Zeit ein Lebensmitt.-Feinkost-Geschäft m. allerb. Ert. geführt wurde, evtl. m. 1—3 Zimmern im Obergesch., **zu vermieten.** Das Lokal eignet sich für jed. Geschäft. Off. unt. M S 100 an d. Halterner Zeitung, Haltern i. W.

---

**Darlehen** Hypotheken u. Baugeld. An- u. Verkauf von Hypotheken u. Grundschuldbriefen, Erledigung sämtlicher Geldgeschäfte schnell u. diskret. Nur durch Bankh. **Pabst, Essen,** Bornstraße 14. Handelsgerichtlich eingetragen. a11869

---



Eigenes Versandhaus

**290 Eisenbahn-Waggonladungen**
**Woll- u. Baumwollwaren**
**500000 Nachbestellungen**

nur von meinen alten Kunden erhielt ich nachweisbar im letzten Jahre!

Der natürlichste Beweis der Güte und Billigkeit.

Sofortige Bestellung ist auch Ihr Nutzen.

Heute verschiedene Gelegenheitskäufe!

Vorübergehende Abgabe!

| Nr. | Preise per Meter: | Breite | Mk. |
|---|---|---|---|
| 78 | **Ungebleicht. Baumwollgewebe,** leichte Sort., f. einf. Gardin. usw. | 78 cm | -,16 |
| 79 | **Ungebleicht. Baumwollgewebe,** etwas bessere, dichtere Sorte | 78 cm | -,26 |
| 80 | **Handtücher,** solide Gebrauchsware | 40 cm | -,18 |
| 81 | **Handtücher,** solide Strapazierware | 40 cm | -,28 |
| 82 | **Handtücher,** gute Strapazierqualität | 40 cm | -,38 |
| 83 | **Ungebleichtes Baumwolltuch,** solide Sorte | 78 cm | -,28 |
| 84 | **Ungebl. Baumwolltuch,** sehr solide und haltbar | 78 cm | -,38 |
| 85 | **Ungebl. Baumwolltuch,** kräftig, fast unverwüstlich | 78 cm | -,48 |
| 86 | **Weißes Hemdentuch,** etwas leichte Sorte | 78 cm | -,28 |
| 87 | **Weißes Hemdentuch,** sehr solide Sorte | 78 cm | -,38 |
| 88 | **Weißes Hemdentuch,** für gute Wäschestücke | 80 cm | -,48 |
| 89 | **Hemdenflanell,** indanthren gestreift, solide Sorte | 70 cm | -,28 |
| 90 | **Hemdenflanell,** indanthren gestreift sehr solide und haltbar | 70 cm | -,38 |
| 91 | **Hemdenflanell,** indanthren gestr., bessere, sa.: unzerreißbare Sorte | 72 cm | -,48 |
| 92 | **Zephir,** für Hemden u. Blusen, gute Sorte | 70 cm | -,38 |
| 93 | **Zephir,** bessere Sorte, schöne mod. Muster | 70 cm | -,48 |
| 94 | **Wischtücher,** gute Sorte, strapazierbar, 45:45 cm per 1/2 Dtzd. | | -,98 |
| 95 | **Damentaschentücher,** weiß, gute feinfädige, breitedte Sorte per 1/2 Dtzd. | | -,78 |
| 96 | **Herrentaschentücher,** mit schöner bunter Kante per 1/2 Dtzd. | | -,78 |

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bezw. bis 20 Dtzd. an einen Kunden. Versand erfolgt per Nachnahme von Mk. 10,— an; ab Mk. 20,— portofrei. Wenn trotz der Billigkeit und Güte etwas nicht entspricht, oder meine Waren mit Rücksicht auf die guten Qualitäten nicht bedeutend billiger als anderseits befunden werden, bezahle den vollen Betrag zurück.

**Josef Witt**
**Weiden 222, Oberpfalz**
Eigene mechanische Weberei,
Größtes Spezial-Versandgeschäft der Art Deutschlands.

---



**er pfeift, der „Pfiff", sobald das Wasser kocht!**

**Enorme Gasersparnis!**

3 Ltr. Mk. 6,50 | 5 Ltr. Mk. 8,- | Aluminium extra stark.

Marke „Pfiff" einschl. Nachnahme u. Porto.

**Louis Lehberg, Kettwig (Ruhr)**

---

**Kunststopferei - Handweberei**
**Münster i. W., Königstr. 58. Tel. 23421**

Reparatur sämtlicher Schäden (Risse, Brandlöcher, Motten- u. Mäusefraß) in allen Stoffarten. Lieferung billiger Sachen sofort. — Spezialität: Teppich-Reparaturen.

---

**Luftkurort Ostercappeln i. Wiehengebirge**

Friedenshöhe. Modern eingeri. Fremdenpension Erstkl. Verpflegung. Näh. d. Prospekt.

**Jos. Brethokt.**

---

**Rossweiner Doublier-Meß- und Legemaschine**

1200/2000 mm Warenbreite, tadellos erhalten, wegen Ankauf einer Roßweiner automatischen Doublier-Meß- und Legemaschine preiswert abzugeben.

Standort Münsterland.

Offerten unter T 6783 an das Bocholter Volksblatt in Bocholt erbeten.

---

**Denken Sie an Ihr Heim. Machen Sie dasselbe schön und angenehm durch eine**



**Haus-Uhr**

Ueber 20 versch. neuzeitl. Modelle schon von RM. 70.— an. Mit Domglocken-, Bim-Bam- oder 4/4-Westminsterschlag. Lobende Anerkennungen aus allen Bevölkerungskreisen. Zehnjährige schriftl. Garantie. Angenehme Teilzahlung. Verlangen Sie heute noch kostenlose Zusendung meines Katalogs 1929. Verkauf nur dir. an Private.

**Erhard Bilger,**
Spezialwerkst. f. mod. Hausuhren
**Schwenningen a. Neckar**
Allenstraße 17.
(Weltberühmt. Uhren-Industriestadt im Schwarzwald.)

---

**Kesselasche**

fein und grob, gesiebt und ungesiebt,
**Hochofenschlacke,**
**Rote gesiebte Gartenasche, Gartenkies**
liefert prompt und billig

**Nordwestdeutscher Schlackenvertrieb**
Inhaber: **August Hackenesch**
Fernruf 26608 **Münster i. W.** Hoyastr. 34

---

**Motorräder**

**Ardie / F.N. / Triumph / Imperia**
**Touren- u. Sport-Seitenwagen**
Sämtliche Modelle ab Lager lieferbar.

**B. Flintrup, Münster i. W.**
Ruf 23325 Kuhstr. 13

---

**Steckrübenpflanzen.**

Am **Mittwoch, den 12. Juni 1929, abends 7 Uhr,** werde ich für Herrn Gutspächter Bernh. Kleimann zu Welte bei Dülmen auf seinem am Hofe belegenen Grundstücke

**ca. 1 Morg. vorzügl. Steckrübenpflanzen**

abteilungsweise gegen Kredit verkaufen.

**Sammelpunkt: Hof Kleimann.**

Dülmen, den 10. Juni 1929.

**Johannes Bockholt,**
beeid. Auktionator.

---

**Einheiraten!**

aller Branchen, auch Wirtschaften, Hotels u. Landwirtschaften, sowie vermög. Damen finden Sie in der großen reellen, langjährigen

**Ehe-Vermittlung**
Inhaber A. Trippel,
**Dortmund,**
Westenhellweg 134.
Nähe Körnerplatz.

Mülheim-Ruhr, Kettwiger Str. 85. Tel. 41605. Filialen: Duisburg, Köln. Sprechz. auch Sonntags. Bei Anfr. Rückporto.

---

**Drahtgeflechte**



Preisliste frei.

**Jul. Grost, Duisburg 11**
Niederrh. Draht-Industr.

---

**Harmonium**
**beste Hausmusik**



Prämiiert mit nur golden. Medaillen. Teilzahlung gestattet. Verkauf an Private. Katalog ums. — Kinderleicht ist das Spiel mit Apparat

**Max Horn,**
Harmoniumfabrik,
**Eisenberg Thür.** (früher Zwickau/Werdau) 41

---

**Reizende Locken!**

unbegrenzt haltbar bei feuchter Luft od. Schweiß, erzielen Damen und Herren ohne Brennschere durch unsere Haarkräuselessenz.

**Auch der hübscheste Bubikopf**



findet durch dieses Präparat sof. bei Gebrauch Schonung seines Haares u. **erzielt damit eine Fülle** ondul. Locken von entzückender Wirkung. Packung M. 2.50, Doppelpackg. M. 3.50. **Versandhaus „Lebensglück" Fischer & Schmidt,** Abt. 118, Dresden-A. Marschallstr. 27

---

**Hochofen-Schlacken, Kleinschlag, Splitt**

in verschiedenen Körnungen für den neuzeitlichen **Straßenbau** liefert preiswert u. schnellstens

**Theod. Stephan, Essen**
Ruf 25647, 25648, 25649.

---

**Bei mir finden Sie**

die Marken-Klaviere

**Bechstein**
**Kaun**
**Haegele**
**Philipps**
**Bülow**
**Weißbrock**
**Herrmann**

Diese Marken haben internationale Bedeutung. Hören Sie meine Preise und Bedingungen. Tausende Anerkennungen.

**Piano-Haus A. Hoffmann**
Haus unter fachmännischem Inhaber
**Münster i. W.**
Frauenstr. 9 Tel. 22434 Frauenstr. 9

---

## Vermischte Anzeigen

**Geschäftsverkauf**

der Landesprodukten- und Düngemittel-Branche, in Kreisstadt, 50000 Einw., Nähe Dortmunds, großes Lager, Bahnanschluß, mit Lagerbeständen und Fuhrwesen, verkauten. Das Lager ist gemietet. Antritt kann sofort erfolgen. Näheres unter A N 900 an die Ang.-Verw. der Zeno in Münster i. W.

---

**Ladenlokal**

für jedes Geschäft geeignet, mit 2-Zimmerwohnung und evtl. geräumiger Werkstatt, in bester Lage der Stadt **Rees,** zum 1. Juli zu **vermieten.** Auskunft unter Nr. 3282 beim Reeser Tageblatt, Rees

---

**Fahrräder**

stabil u. zuverl., 3 J. **Garantie,** fabelhaft billiger Preis. Verlangen Sie Prospekt und Preisliste gratis.

Lieferung nur an **Private.** Vertreter gesucht. d7330

**Josef Steinsträter,**
Engros-Versand,
**Neuenkirchen**
b. Rheine.

---

**D.K.W.-Motorrad**

6 PS., neuwertig, mit allen Schikanen und Bosch, prima Läufer, wegen Anschaffung eines Wagens preiswert **zu verkaufen.**

**Ferd. Quoos,**
**Bocholt i. Westf.,**
Telephon 2616.

---

Deutzer

**Rohöl-Motor**

6—7 PS., tadelloser Gang, wie neu, nur 6 Monate in Betrieb, weg. Anschaffung eines schwereren, weit unter Preis abzugeben.

**Johann Aissing,**
Futterartikel-Handlg.,
**Bocholt i. W.,**
Dinadener Straße 31.
Telephon 2091.

---

**Ausstellungs-Zelt**

ca. 3×3 m, gebraucht oder neu, sofort

**zu kaufen gesucht.**

Zuschriften erbeten an

**Postfach 149,**
**Münster i. Westf.**

---

Wachsame

**Bernhardiner-Hündin**

billig zu verkaufen,

**Hermann Schulze Roberg, Gröblingen**
b. Warendorf. Tel 206

---

Angekörter prima

**Zuchtbulle**

schwarzb., 15 Monate alt, gute Abstammung, preiswert zu verkaufen.

**Wilh. Behler,**
**Lette** bei Coesfeld.

---

**Ia. Eierfettkäse 20%**

9 Pfd. = Mk. 6.30 franko.

**Dampfkäsefabrik Rendsburg.**

---



**Ingenieurschule**
Elektrotechnik, Maschinen-, Auto-, Heizungsbau, Flug-, Wärme-, Kältetechn., Landw. Maschin., Schwach-, Starkstrom- u. Radiotechnik
**Werkmeisterschule**
Lehrpläne

**Technikum Lage** Lippe

**Bauschule**
Architektur, Bauingenieurwesen, Eisenbau, Eisenbetonbau
**Tonindustrie**
Ziegeleiingenieure, Techniker, Ziegelmeist.
frei

---



**In der ganzen Welt beliebt ist Edelweiß.** Das ist auch der Name eines wirklich guten Fahrrades zum niedrigsten Preis, das Sie vollauf befriedigen wird. Wenn Sie dieses hübsche Edelweißrad sehen, werden Sie seinen niedrigen Preis kaum für möglich halten. Der Lauf ist spielend leicht, die Haltbarkeit jahrzehntelang, das Äußere von wunderbarer Schönheit und der Preis verhältnismäßig sehr billig. Verschiedene Vorteile ermöglichen uns diesen niedrigen Preis. Katalog 126 kostenlos.

**Edelweiß-Decker, Deutsch-Wartenberg Nr. 8**

---

**Bettnässen**

sof. Erfolg. Bei Nichterfolg Geld zurück. Alter u. Geschlecht angeben.

Auskunft umsonst. Sanitärer Versand

**Bieling, München 61**
Reichenbachstraße 23/I.

---

**Was vorher stark verfettet war ist jetzt durch imi rein und klar!**




imi – das neue Spül- und Reinigungsmittel der Henkelwerke zum Spülen, Aufwaschen und Reinigen!

Eimer, Kannen, Spülbecken, Wannen, Mops, Aufspül-, Putz- und Bohnertücher, überhaupt alle stark angeschmutzten, verfetteten oder verschmierten Gegenstände und Küchengeräte, auch Stein- und Fliesenböden reinigt imi gründlich und rasch. 1 Eßlöffel imi auf 10 Liter = 1 Eimer Wasser — das ist das richtige Maß. Das ganze Paket imi kostet nur 25 Pfennig und ist überall erhältlich.

imi ist zugleich ein ideales Reinigungsmittel für alle stark beschmutzten und verfetteten Gegenstände aus Glas, Porzellan, Metall, Stein, Fliesen, Marmor, Holz usw. Für Aluminium besonders geeignet.

Ihr zeitsparender Helfer sei

imi **Henkel's Spül- und Reinigungs-Mittel** für Haus- und Küchengerät

Vertreter **Carl Noth, Münster i. Westf.,**
Habichtshöhe 17.

---

# Zeno- Arbeits- und Stellen-Markt

## Angebote

Zu sofort ein tüchtiges katholisches

**Mädchen**

gesucht für Küche und Wirtschaft. Kochen kann erlernt werden.

**Theodor Renfing,**
Metzgerei u. Wirtschaft,
Ochtrup i. W.

---

Suche sofort oder zum 1. Juli ein braves kath.

**Mädchen**

für häusl. Arbeiten.

**Frau Herm. Borgers,**
**Ochtrup i. W.,**
Gronauer Straße.

---

Kinderliebes kath.

**Mädchen**

(am liebsten v. Lande) für bürgerlichen Haushalt zu sofort gesucht Offerten unter Z 1754 an Dorstener Volkszeitung in Dorsten.

---

Zu sofort oder 1. Juli braves, ehrliches

**Mädchen**

für alle Hausarbeiten gesucht. Kein Vieh und Garten.

**Hotel Altdaus,**
**Telgte.** vm8960

---

Tüchtiges älteres

**Mädchen**

für Küche und Hausarbeit zum 1. Juli gesucht. Offert. mit Lohnansprüchen an v15251

**Hotel-Restaurant Haus Wildor,**
Bocholt i. W.,
Ravardtstraße 9.

---

**30 Rm. wöchentlich**

durch leichtanzufertig. Art. im Hause. Meints, Magdeburg J 259.

---

Für kinderl. ruhigen Haushalt in Stadt des Industriegebiets wird zum 1. Sept. für Hausarbeiten u. Küche ein sauberes kath.

**Mädchen**

welches auch etwas Nähen kann, bei Fam.-Anschl. in Dauerstellg. gesucht. Guter Lohn u. gute Behandlung zugesichert. Waschfrau vorhanden. Angeb. unter A P 104 an die Anz.-Verw. d. Zeno, Münster.

---

Suche zum 15. 6. ein braves kath. d7754

**Mädchen**

vom Lande, welches in allen im Landhaushalt vorkommend. Arbeiten bewandert ist. Monatl. 40 M. u. Fam.-Anschl.

**Frau Gutsbesitzer Nordhoff, Hohendolte**
bei Münster.

---

Suche zum 15. 7. aufs Land einfaches kath.

**Mädchen**

das im Nähen u. Flicken gut bewandert ist und etwas Hausarbeit übernimmt. Zeugnisabschr. und Meldungen an

**Baronin Boeselager-Ketteler, Eringerfeld**
bei Geseke i. W.

---

Zum baldigen Eintritt ein braves kath.

**Mädchen**

nicht unter 20 Jahren, für Haus-, Küchen- u. leichte Gartenarbeiten gesucht. Lohn n. Uebereinkunft.

**Molkerei Ramsdorf.**

---

Wegen Erkrankung d. jetzigen suche für meinen Haushalt (3 Erw.) ein durchaus zuverl., tücht., kath. ält.

**Mädchen**

nicht unter 20 Jahren. Wasch- und Putzhilfe vorhanden.

**Frau Albert Haase,**
Rheine, Riegelstr. 11

---

**Friseur-gehilfe**

tüchtiger Bubikopfschneider, gegen hohen Lohn sofort gesucht.

**Heinr. Münzer,**
Bocholt i. W.,
Neustraße.

---

Für die **Versandabteilung** wird selbständig arbeitender **jüngerer**

**Kaufmann**

der firm im Kalkulieren, von Sperrholzbandlung in Münster gesucht. Offerten unter A P 1 an die Anzeigenverwaltung der Zeno, Münster i. W.

---

Junger v15257

**Schneider-gehilfe**

der an sauberes Arbeiten gewohnt ist, sofort gesucht.

**Wilh. Schmies,**
Ahlen i. W.,
Wetterweg 40.

---

Auf ein mittl. Gut im Kr. Münster wird zum 1. Juli oder später ein kath. **Mann** gesucht, jung, der mit Pferden und landw. Maschinen umgeh. kann. Guter Lohn und gute Behandlg. zugesichert.

**Gutsbes. Große Thier, Hohendolte**
bei Münster.

---

**Gute Stellung**

verdankt mancher dem tägl. Studium des **„Zeno"**-Arbeitsmarktes.

**Auch Sie**

handeln klug, wenn Sie jeden Tag den Stellen- und Arbeitsmark d. **„Zeno"** verfolgen.

---

Junger kath.

**Bäcker- und Konditorgehilfe**

firm in Grob- u. Feinbäckerei, sowie in Konditorsachen gut erfahren, sucht für sof. evtl. spät. Stellung.

Off. an die Halterner Zeitung, Haltern i. W.

---

## Gesuche

**Suche** für meine Tochter, kath., 17 J., kräftig, bisher in meinem Geschäft und Haushalt tätig. v15256

**ähnliche Stelle**

für Küche u. Geschäft. Angeb. unter H S an die Münsterl. Volkszeitung, Rheine.

---

**Suche** zum 1. Oktober

**Stellung**

für Küche und Haushalt. Bin 19 J., kath. Offerten an die Halterner Zeitung, Haltern.

---

Suche für 18jähr. tüchtigen **Lehrling Lehrstelle** für das letzte Lehrjahr bei kath. Gärtnermeister, desgleichen wird **Stellung** f. jg. **Gärtnergehilfen** u. **Schneidergehilfen** (Vollwaise) bei kath. Meister gesucht.

**Schröder,** Hauptlehrerin, **Selm i. W.**

---

**Branntkalk**

in Stücken und gemahlen in Papiersäcken

**Kalkasche, Donar-Mergel**

hochprozentig, in feinster Mahlung, empfehlen preiswert

**Westf. Kalkwerke, Oeding-Stadtlohn.**

---

**Lebensmittelhändler empfehlet das gute u. preiswerte Weizenin**

---

**Kesselasche**
**Schlackensand**
**Hochofenschlacke in allen Körnungen**
**sowie sämtliche Bau- und Wegebaumaterialien**
liefert frachtgünstig und preiswert

**Heinrich Dalhoff in Hiltrup** Fernruf 22 und 61.

---


Rheder Volks

Bezugspreis: 2,35 Mk.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Nummer 1


# Hilfen

Er... der Kass...

Im Haushaltsaussch... finanzminister Dr. Hi... Anfragen über die 3... daß infolge der Restrikt... kurzfristiger Kred... sei. Da die Kassenlage... ohne neue Kredite dies... gewesen sei, habe er v... anderen Maßnahmen z... die Auflage einer La... für die es zwei Wege... dann eine Inlandsa... politischen Grü... anleihe nicht mö... nur der Weg einer I... Weg sei weder in der... schuß gefaßt worden.

**Sachverständige Ba... Erfolg der...**

Auch sie hätten sich g... einer solchen greifen... möglich geworden... vorschuß von 120... von den Banken... funktion habe die Anl... Lage versetzt worden,... für das Reich zu leiste...

**erleichtere der Er... Schwier...**

weil er in dieser Höhe... entbehrlich mache.

Abg. Hergt (D. ... mangelnde Vertrauen... Reichsfinanzwirtschaft... Ergebnis der Pariser...

Abg. Bernhard... stige Pressea... wortlich. Er selbst sei... Verpflichtung... einen größeren Teil... Aenderung der Verfa... zu erwägen. Wenn in... es durch solche Brie... gefährlichsten Lage de... öffentlichen lassen, he...

**ein Dalchstoß in d...**

gewesen.

Abg. Hergt (Dt... Parteifreund Klönne... dem Vorredner zu rec... die Reichskasse... leihe gewesen.

Reichsfinanz... antwortete: Für die... ger und sonstiger... leihe deswegen... geboten, weil sie ni... steuer befreit ge... feste Uebernahme der... weil bei dieser Anle... sei, als bei der Reink... wesen wäre. Bei der... nicht ohne weiteres... Hauptanreize, die Be... vom Erblasser selbst... Frage der Publizität... teilen, wie es gescheh...

**auch bei anderen... deres Erg...**

Im übrigen seien wi... die Anzeigen vermeh... legt, daß die An... durch Erleichte... füllt habe.

Daß Reichsfinan... das Ergebnis der... Deutschen Reiches,... hohen Zinssatz und... gestattet war, fast... trägt, mutet doch et... Ergebnis ist nicht a... ein ausgesproch... 178 Millionen M... 300 Millionen Ma... ganz klar, daß nich... der dem Reichsfina... erteilten Ermächtig... eine langfristige In... werden kann. Es l... tischen Reichsfinanz... erfolg in die Schuhe... der Anleihe hat es... trotzdem nicht di... lockt hat, so lag i... weiter dachten, als... Sie ist bekanntlich... von diesem Termin... listen aber, denen... nationalen Beziehu... an den Ort des ge... kannten leicht, daß... anleihe in der en... für die nach ihrem... rung offengelegt h... die Reichsanleihe... als auch gut ausg...